

Bachelorarbeit zur Erlangung des Hochschulgrades

Bachelor of Arts (B. A.)

Bachelorarbeit

-

**Hat sich die Medienberichterstattung über
Windkraft mit dem Kriegsausbruch in der
Ukraine verändert?**

**Eine Medienanalyse zur Berichterstattung
in Baden-Württemberg**

Prüferin:

Prof. Dr. Cordula Kropp
Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung für Technik- und Umweltsoziologie

vorgelegt von:

Aaron Metz

Datum der Abgabe:
31.01.2023

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Hintergrund und Fragestellung	4
3. Theoretische Voraussetzungen.....	7
3.1 Das Konzept des Framing	8
3.2 Die kontroverse Debatte um Atomenergie.....	10
3.3 Windenergie als gesellschaftlicher Diskurs.....	13
3.4 Internationale Forschung zur Medienberichterstattung über erneuerbare Energien	16
4. Methodisches Vorgehen.....	20
4.1 Datenerhebung und Bereinigung des Datensatzes.....	22
5. Analyse und Ergebnisse.....	24
5.1 Neue Priorität für den Ausbau von Windkraft	31
5.2 Der Umgang mit drohenden Konflikten	32
5.3 Gesellschaftliche Unterstützung	34
6. Fazit und Ausblick.....	36
Literatur	38
Anhang	40

1. Einleitung

„Wir wollen unabhängig werden von russischen Importen. Und dazu braucht es die Energiewende. Die Stimmung ist: Komm, jetzt ziehen wir es durch“ (vgl. TAZ 2022), so Robert Habeck in einem Interview mit der taz am 24. März 2022, genau einen Monat nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine.

Die Bemühungen um eine Transformation des Energiemarktes hin zu erneuerbaren Energien als wichtigste Erzeugungsquelle haben mit dem Kriegsausbruch im Februar 2022 eine radikale Veränderung erfahren. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den darauffolgenden EU-Sanktionen gegen Russland wurde der Energiemarkt in Europa und somit auch in Deutschland grundlegend verändert. Die verringerte Menge an Gaslieferungen aus Russland sorgte infolgedessen für eine gestiegene Bedeutung anderer Quellen der Energiegewinnung. Wie sehr der Kriegsausbruch öffentliche Debatten rund um das Thema Energiegewinnung verändert hat, zeigt beispielsweise die neu geführte Debatte um eine Verlängerung der drei aktiven Atomkraftwerke in Deutschland. Über mehrere Wochen hinweg wurde über eine mögliche längere Laufzeit der Atomkraftwerke öffentlich kontrovers diskutiert, auch innerhalb der Regierung. Erst als Bundeskanzler Olaf Scholz die selten verwendete Richtlinienkompetenz einsetzte, kam die Regierung diesbezüglich zu einer Entscheidung. Schlussendlich wurde eine verlängerte Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke beschlossen.

Neben den bisher genannten Gründen gilt eine Energiewende auch aus Klimaschutzgründen als obligatorisch. Die gestiegene Erzeugungsleistung der Windenergie in Deutschland zeigt die bereits bestehenden Bemühungen um den Ausbau der Windkraft. In den sogenannten Energy Charts sammeln Wissenschaftler*innen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) Daten zur Stromproduktion in Deutschland. Diese zeigen, dass Deutschland die Netto-Stromproduktion aus On- und Offshore-Windenergie seit dem Jahr 2000 von 9,5 Terrawattstunden auf 122,4 Terrawattstunden im Jahr 2021 steigern konnte. *„Nach dem aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen in Deutschland bis 2030 71 Gigawatt (GW) Windenergie an Land installiert sein. (...) Ausgehend von etwa 55 GW aktuell installierter Leistung und einem erwarteten Rückbau alter Anlagen bis 2030 von etwa 20 GW ist für eine installierte Leistung von 71 bis 105 GW bis 2030 ein jährlicher Zubau von etwa 4 bis 7 GW brutto erforderlich.“* (vgl. Umweltbundesamt 2021).

Die Zahlen verdeutlichen, wie stark der Zubau an Windkraft in den nächsten Jahren zunehmen muss, damit Deutschland die eigenen Klimaschutzziele erreichen kann.

Durch den angestrebten Ausbau der Windkraft rückt das Thema zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit. Die öffentliche Debatte um den Ausbau erneuerbarer Energien gilt dabei seit Jahren als kontrovers. Insbesondere die Veränderung der Landschaft ist bei der öffentlichen Debatte um Windkraft ein häufig genanntes Argument. Im Verlauf der Energiewende entstehen beim Bau von Windkraftanlagen zunehmend Landschaften, die als „neue Energielandschaften“ bezeichnet werden können (vgl. Otto und Leibenath 2013, S. 65).

Den Medien kommt hinsichtlich des Diskurses um den Ausbau erneuerbarer Energien eine moderierende Rolle zu. Sie sind eine Informationsquelle für Bevölkerung und andere Akteur*innen. In der Forschung gilt der Einfluss der Medien auf die Diskurse als unumstritten. „[...] *mass media remain highly relevant for the public discourse on topics like renewable energy*“ (vgl. Rochyadi-Reetz et al. 2019, S. 8). In öffentlichen Diskursen wird den Medien eine enorme Bedeutung zugeschrieben, „*denn sie schaffen erst den Resonanzraum, in dem Brisanz in der Öffentlichkeit entstehen kann*“ (Ziem et al. 2018, 175 f.). Selbiges lässt sich für Printmedien konstatieren, da Zeitungen aufgrund ihrer langen Historie eine tiefe Verankerung in der Gesellschaft erreicht haben (vgl. Djerf-Pierre et al. 2015, S. 339).

Auch der Diskurs um die Energiewende findet in sämtlichen gesellschaftlichen und politischen Bereichen statt und wird maßgebend von den Medien beeinflusst. „Wie ein Land sein Energieversorgungssystem organisiert, ist das Ergebnis politischer Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse, denen meist öffentliche (mediale) Debatten vorausgehen“ (vgl. Bräuer und Wolling 2014, S. 236). Insbesondere mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine wurde ein bisher ungekanntes Maß an Aufmerksamkeit für das ganze Thema der Energieversorgung erreicht.

Verschiedene wissenschaftliche Arbeiten, die im Laufe der Arbeit erläutert werden, haben bereits analysiert, welche Faktoren die Berichterstattung zu Erneuerbaren beeinflussen. Der Kriegsausbruch in der Ukraine und der damit verbundene Rückgang von Gasimporten aus Russland hat die Debatte um die zukünftige Energieversorgung in Deutschland grundlegend verändert. Eine Medienanalyse, welche untersucht, ob sich mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine eine veränderte Medienberichterstattung über erneuerbare Energien in Deutschland feststellen lässt, stellt somit eine aktuell relevante Forschungslücke dar.

Durch die Abnahme von Gasimporten aus Russland wurden andere Formen der Energiegewinnung plötzlich bedeutsamer für die Energieversorgung vieler europäischer Länder. Ursprünglich abgeschlossene Debatten wie die verlängerte Nutzung

von Atomkraftwerken in Deutschland werden wieder neu geführt. Und auch die Windkraft hat durch die weggefallenen Gasimporte für den deutschen Energiemarkt an Bedeutung gewonnen. Es wäre also möglich, dass sich die öffentliche Debatte rund um erneuerbare Energien und insbesondere Windkraft mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine in mehrfacher Hinsicht verändert hat. Die Forschungsfrage der vorliegenden Bachelorarbeit soll daher lauten:

„Hat sich die Medienberichterstattung über Windkraft in Baden-Württemberg mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine verändert? Wenn ja, inwiefern?“

Viele Analysen in diesem Bereich wählen ein singuläres Ereignis als Startpunkt für die Forschung, welches den Diskurs grundlegend transformiert hat. So dienten beispielsweise die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 (vgl. Bräuer und Wolling 2014) oder die verschiedenen Novellen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (kurz: EEG) als Grundlage für eine Untersuchung der jeweils vorliegenden Diskurse (vgl. Bahnsen et al. 2016). Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine stellt ein eben solches Ereignis dar und reiht sich daher passend in die bisherige Forschung zu Diskursen um die Energiewende ein.

Im folgenden Kapitel soll zunächst erläutert werden, wieso der Ausbau der Erneuerbaren sowohl obligatorisch als auch kontrovers diskutiert ist. Dieses Kapitel stellt die Problemdefinition dar und ist somit Grundlage für alle weiteren Ausführungen. Auf die Problemdefinition folgt eine Einordnung des bisherigen Forschungsstandes der sozialwissenschaftlichen Forschung im Feld der Medienanalysen rund um den Ausbau erneuerbarer Energien. Im Anschluss wird das theoretische Konzept der Arbeit erläutert. Im empirischen Teil dieser Arbeit wird zunächst die Methodik der Medienanalyse skizziert, woraufhin die Ergebnisse der Analyse dargestellt und diskutiert werden.

2. Hintergrund und Fragestellung

„Unabhängig zu werden von fossiler Energie – das ist nicht nur klimapolitisch vernünftig. Das ist angesichts steigender Preise für Gas, Kohle und Öl auch wirtschaftlich vernünftig. Und – das erleben wir jetzt mit aller Härte: Energieunabhängigkeit ist auch ein Gebot unserer nationalen Sicherheit“ (Olaf Scholz in Bundesregierung 2022b).

Bundeskanzler Olaf Scholz betont die Wichtigkeit einer unabhängigen Energieversorgung von fossilen Energieträgern und setzt diese in direkten Bezug mit der nationalen

Sicherheit. Die Begründung für die tiefgreifende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie die Notwendigkeit einer Transformation des Energiesektors sind vielschichtig und benötigen daher einer Erläuterung.

Mit dem Beginn der Industrialisierung wurde die Menschheit zunehmend abhängig von günstig zur Verfügung stehenden Energieträgern. Nahezu jede gesellschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeit vom Reisen bis zur Produktion von diversen Gütern wurde über die Zeit abhängig von fossilen Energieträgern. Mit dem massiven Verbrennen von Rohstoffen wie beispielsweise Kohle stieg die Umweltbelastung stark an, da die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre kontinuierlich zunahm. Die Verknüpfung der Konzentration in der Atmosphäre von Gasen wie Kohlendioxid mit der globalen Mitteltemperatur stellten die ersten Forscher bereits zu einem frühen Zeitpunkt fest. John Tyndall kam 1861 in seiner Veröffentlichung zu diesem Schluss (vgl. Voss 2010 zitiert in Lembcke 2012, S. 25). Im Jahr 1896 stellte Svante Arrhenius dann fest, dass der Mensch für die steigende CO²-Konzentration verantwortlich ist, was jedoch erst 1941 durch Hermann Flohn in der wissenschaftlichen Debatte diskutiert wurde (ebd. S.26). Doch auch diese neu aufflammende Diskussion sorgte nicht dafür, dass eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern angestrebt wurde.

Neben der Erderwärmung traten in den 1960er und 1970er Jahren auf internationaler und lokaler Ebene weitere Umweltprobleme auf, wie etwa die zunehmende Luft- und Wasserverschmutzung, welche dazu führten, dass erste Staaten Umweltschutzprogramme beschlossen. Das Einführen dieser staatlichen Programme wird in der Forschung als Geburtsstunde der Umweltpolitik verstanden (vgl. Muno 2010 in Tosun 2015, S. 641). Schnell wurden zusätzlich zu nationalen Umweltschutzmaßnahmen auch auf der internationalen Bühne Veränderungen angestrebt. Nachdem 1979 in Genf die erste Klimakonferenz stattfand, wurde die Internationalisierung der Umweltpolitik 1994 mit der Gründung der UN-Klimakonvention konkretisiert (vgl. Bundesregierung 2022a). Den bisherigen Höhepunkt internationaler Klimakonferenzen stellt das Pariser Abkommen von 2015 dar, welches erstmals 195 Staaten zu einem ziel führenden Beitrag zum Klimaschutz verpflichtet. So einigten sich alle Staaten darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken (vgl. ebd.).

Mit dem Aufkommen der Umweltprobleme wurde den Menschen die Kehrseite einer Weltwirtschaft aufgezeigt, deren Grundpfeiler die fossilen Energieträger darstellen. Energie aus nahezu unerschöpflichen Ressourcen wie Wind und Sonne zu gewinnen, wurde somit zunehmend attraktiver und der Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen nahm langsam, aber sicher seinen Lauf. Die 1980er markierten den Beginn

der Debatte um eine Energiewende in Deutschland (vgl. Otto und Leibenath 2013, S. 65). Zusätzlich angetrieben wurde diese Debatte durch die Kontroverse um Atomkraft. Die große Anti-Atomkraftbewegung im Deutschland der 1980er Jahre stellte günstige soziokulturelle Bedingungen dar, unter denen sich erste Techniken zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien verbreiten konnten (vgl. Mautz 2012, S. 156). Auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 trug dazu bei, dass sich die öffentliche Meinung zunehmend unterstützend in Richtung erneuerbarer Energien wendete (vgl. Mautz 2012, S. 156). „Die zentrale Rolle der erneuerbaren Energien in Atomausstiegsszenarien resultiert vor allem daraus, dass die Nutzung fossiler Brennstoffe als Ersatz für die Atomenergie aus klimapolitischen Gründen problematisch ist“ (vgl. Bräuer und Wolling 2014, 234 f.).

Über die grundlegende Notwendigkeit einer Transformation der Energieversorgung lässt sich ein allgemeiner Konsens zwar konstatieren, über ihre genaue Umsetzung gibt es aber seit Jahrzehnten Spannungen und intensive Debatten. Auch von juristischer Seite fand das Thema Energiewende zunehmend Beachtung, was sich durch zahlreiche Vorschriften und Gesetze ausdrückte. Der Bundestag hat im Juni 2021 zuletzt eine Änderung des nationalen Klimaschutzgesetzes beschlossen, nachdem das Bundesverfassungsgericht das bis dahin geltende Gesetz für unzureichend erklärt hatte (vgl. Bundesregierung 2022c). Dort sind schrittweise Minderungsziele für einzelne Sektoren festgelegt, um bis 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Dem Energiesektor kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, da dort die meisten CO²-Emissionen verursacht werden (vgl. ERK 2022, S. 44). „Der Ausbau der EE ist das zentrale Instrument zur Erreichung der Maßgaben deutscher Energiepolitik“ (vgl. Bahnsen et al. 2016, S. 113).

Möchte Deutschland die eigenen Klimaschutzziele erreichen, ist hierzulande, wie in vielen anderen Staaten weltweit auch eine grundlegende Transformation der Energieversorgung unumgänglich. Der Ausbau von erneuerbaren Energien gilt allgemein als obligatorisch. Wo einst große Kraftwerke ganze Landstriche mit Energie versorgten, wird in Zukunft die Energie dezentral erzeugt werden. Dabei stößt diese Veränderung der (politischen) Landschaft nicht nur auf Zuspruch. Insbesondere auf lokaler Ebene gilt die öffentliche Debatte über den Ausbau der erneuerbaren Energien als kontrovers. „Es sind eher selten die Energiewende oder der Stromnetzausbau als allgemeine Projekte als vielmehr konkrete Planungen mit regionalem oder lokalem Bezug, die ‚vor Ort‘ die strukturelle Ausgangslage von Konflikten umreißen“ (vgl. Weber 2018, S. 340). Dies führte in der Vergangenheit zu zahlreichen kontroversen

Auseinandersetzungen gesellschaftlicher Akteur*innen und zu der Bildung von Bürger*inneninitiativen.

Der geplante Bau eines Windrades stößt aus diversen Gründen nicht immer auf positive Resonanz in der örtlichen Bevölkerung und in der lokalen Medienberichterstattung. Als negative Aspekte wurden im öffentlichen Diskurs beispielsweise häufig das veränderte Landschaftsbild oder der Artenschutz genannt. Bezüglich eines Energiemarktes, dessen größte Erzeugungsquellen insgesamt die erneuerbaren Energien sind, wurde auch das Thema mangelnde Versorgungssicherheit häufig als Kritikpunkt angebracht, sollte die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern durch das Ausbleiben von Wind und Sonne zeitweise zum Stillstand kommen. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Deutschland einen der wichtigsten Energielieferanten verloren und muss nun auf anderem Wege die Energieversorgung sichern. Erneuerbare Energien haben dadurch einen bisher unerreichten Aufschwung in der öffentlichen Debatte erlebt. Inwiefern sich die Medienberichterstattung durch den diesbezüglich verändert hat, soll im Folgenden untersucht werden.

3. Theoretische Voraussetzungen

Im vorherigen Kapitel wurde das große Thema Umweltschutz und die internationalen Klimaschutzbemühungen thematisiert. Daraus leitete sich der Bedarf ab, für Gesellschaften eine von fossilen Energieträgern unabhängige Energieversorgung zu etablieren und stattdessen den Energiebedarf mit alternativen Formen der Energiegewinnung zu decken. Aufgrund ihrer Relevanz für die Öffentlichkeit wurde die Energiewende auch aus wissenschaftlicher Perspektive vielfach durchleuchtet. Diesbezüglich gibt es in der Forschung zwei verbreitete Konzepte, welche Grundlage der meisten Publikationen in diesem Themenbereich sind. Diese sind die *Diskursanalyse* und *Frameanalyse*. Im Vergleich zu der hohen Zahl wissenschaftlicher Arbeiten, die sich mit den Diskursen um die Energiewende befassen, gibt es jedoch recht wenige Arbeiten, welche gezielt den Einfluss der Medien auf eben jene Diskurse untersuchen (vgl. Bräuer und Wolling 2014, S. 237). Arbeiten, welche den Fokus auf die Rolle der Medien legen, haben meist zwei oder mehr geographische Räume miteinander verglichen, mit dem Ziel die auftretenden Unterschiede durch Einbeziehung der strukturellen Voraussetzungen auszuarbeiten und zu erklären. Neben diesen strukturellen Faktoren, welche sich über die Zeit meist nur langsam verändern, gilt es auch als belegt, dass singuläre Ereignisse die Berichterstattung über erneuerbare Energien verändern können (vgl. Rochyadi-Reetz et al. 2019, S. 3).

Im Folgenden soll zunächst das Konzept des Framing erläutert werden, da dieses die theoretische Grundlage der vorliegenden Arbeit darstellt und ein Verständnis hierfür nötig ist, um alle Hintergründe der vorliegenden Studien zu diesem Thema umfassen zu können. In diesem Kapitel wird außerdem erklärt, weshalb sich eine Frameanalyse für die vorliegende Forschungsfrage eignet. In den darauffolgenden Unterkapiteln soll dargelegt werden, was über die Zusammenhänge von Berichterstattung und erneuerbaren Energien bekannt ist. Dabei wird zunächst auf die in Deutschland besonders kontrovers geführte Debatte um Atomenergie eingegangen. Anschließend wird der Diskurs um Windkraft beziehungsweise erneuerbare Energien insgesamt nachvollzogen. Im letzten Schritt dieses Kapitels werden zunächst internationale Studien vorgestellt, woraufhin dann Grundannahmen für die weitere Analyse formuliert werden.

3.1 Das Konzept des Framing

„Es ist ein Grundprinzip der modernen Demokratie, dass politische und andere strategische Akteure versuchen, die Öffentlichkeit von ihren Positionen bzw. von ihrem Blickwinkel zu überzeugen und für Unterstützung zu werben. Sie setzen aus ihrer Sicht einen „Rahmen“ – bzw. Frame – auf Themen“ (vgl. Matthes 2009, S. 2).

Der Begriff „Framing“ findet sich in der heutigen Diskussion vieler Wissenschaftsbereiche wieder, etwa in der Linguistik, der kognitiven Psychologie und der Medien- und Kommunikationswissenschaft (vgl. Kann und Inderelst 2018, S. 26). Je nach Fachgebiet kann die genaue Definition des Begriffs „Framing“ variieren, was ebenfalls zu verschiedenen Anwendungsbereichen in empirischen Studien führt. In den Kommunikations- und Geisteswissenschaften ist die Erforschung des Framings für zahlreiche Fragestellungen ein weit verbreitetes Forschungsparadigma. Durch Herausarbeiten einzelner Framings lassen sich Argumentationsstrukturen erkennen und deren eventuell auftretende Veränderung feststellen. Insbesondere für die mediale Berichterstattung spielen Frames eine elementar wichtige Rolle. Eine einheitliche und klar abgrenzbare Definition von Framing ist schwer auszumachen, weit verbreitet ist in den Sozialwissenschaften die Definition nach Entman: *„To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described“ (Entman 1993, S. 52).* Vergleichbare Ereignisse wie etwa der Abschuss eines Flugzeuges durch sowjetisches und amerikanisches Militär zur Zeit des Kalten Krieges wurden in der

jeweiligen Berichterstattung auf vollkommen andere Art thematisiert (vgl. Entman 1991 in Kann und Inderelst 2018, S. 55).

Neben Entman nimmt auch Erving Goffman eine zentrale Rolle in der sozialwissenschaftlichen Frame-Theorie ein (vgl. Kann und Inderelst 2018, S. 47). Goffman legt einen verstärkten Fokus auf die funktionale Ebene (vgl. ebd. S. 55) und fasst den Begriff Framing allgemeiner indem er es als „schemata of interpretation“ bezeichnet (vgl. Goffman 1974, S. 21). „*My aim is to try to isolate some of the basic frameworks of understanding available in our society for making sense out of events and to analyze the special vulnerabilities to which these frames of reference are subject*“ (Goffman 1974, S. 10). Im Vergleich zu Entman legt Goffman seinen Fokus nicht auf die reine Berichterstattung eines Ereignisses, er versucht systematische Frames in der Gesellschaft herauszuarbeiten, welche Ereignissen Sinnhaftigkeit verleihen. Bertram Scheufele nimmt eine Eingrenzung des Framing-Begriffs vor, indem er festlegt, dass Bewertungen, Meinungen und Emotionen nicht Bestandteil von Frames sind sondern als Ausdruck einer Ideologie zu verstehen sind (vgl. Scheufele 2019, S. 6). Anzumerken ist hierbei, dass laut Scheufele Frames und beispielsweise Bewertungen in Texten oder Diskursen in der Empirie häufig zusammen vorkommen.

Nach Entman spielt Framing auch für das Ausüben politischer Macht eine wichtige Rolle. Der Frame in einem Nachrichtentext ist als Abdruck von Macht zu verstehen, da er die Identität von Akteuren und Interessen registriert, welche um die Ausgestaltung des Textes konkurrieren (vgl. Entman 1993, S. 55). Mithilfe gezielten Framings in der öffentlichen Berichterstattung können Sachverhalte auf eine subjektive Weise dargestellt werden. Verschiedene Akteur*innen versuchen dadurch die öffentliche Meinung nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen (vgl. Bahnsen et al. 2016, S. 112). Einzelne Elemente können gezielt hervorgehoben werden, um ein Argument zu konstruieren beziehungsweise zu stärken (vgl. Entman 1993, S. 53). Dieses Ausüben politischer Macht durch die Platzierung von Frames in öffentlichen Diskursen bezeichnet Matthes als strategisches Framing. Er differenziert drei verschiedene Forschungsstränge von Framing. Das *strategische Framing* zeichnet sich dadurch aus, dass Kommunikator*innen wie Parteien und Organisationen im Wettbewerb miteinander stehen, um die eigene Position im öffentlichen Diskurs prominent zu platzieren (vgl. Fröhlich/Rüdiger 2006 in Matthes 2009, S. 2). *Journalistische Frames* haben einen Einfluss auf die Gestaltung journalistischer Texte, welche auch als non-evaluative Schemata von Journalist*innen verstanden werden (vgl. Scheufele 2003 in Matthes 2009, S. 3). Die Bezugnahme zu bestehenden Frames kann die journalistische Arbeit erleichtern, da Journalist*innen so in kurzer Zeit Informationen verarbeiten und

zusammenführen können, ohne das vorliegende Thema vollständig analysiert zu haben (vgl. Matthes 2009, S. 4). Im dritten Forschungsstrang, den *Medien-Frames* werden Themen bezüglich ihrer Kontextualisierung analysiert, um die Sichtweise eines Medienbeitrages nachvollziehen zu können (ebd. S. 4). Matthes ordnet Medien-Frames ein hohes Abstraktionsniveau sowie einen hohen Generalisierungsgrad zu (ebd. S. 4).

Eine Analyse von Framing-Strukturen innerhalb eines Diskurses führt zu einem verbesserten Verständnis des jeweils vorliegenden Diskurses. Eine Frameanalyse geht stets einher mit der Verortung in gesellschaftlichen Problemfeldern, welche sich als kulturelle Ressourcen konstituieren und kollektive Deutungsordnungen transformieren (vgl. Ziem et al. 2018, S. 177). Aufgrund dessen eignet sich die Frameanalyse für die hier vorliegende Forschungsfrage. Mithilfe eines vergleichenden Ansatzes kann die Verortung der gesellschaftlichen Problemfelder im Kontext der Windkraft analysiert und auf etwaige Veränderungen mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine überprüft werden.

3.2 Die kontroverse Debatte um Atomenergie

Wie bereits ausgeführt wurde, war der Beginn des Diskurses um die Energiewende stark von dem Thema Atomenergie geprägt. In keinem anderen Land hat sich der Konflikt um Atomkraft über solch einen langen Zeitraum hinweg erstreckt und in keinem anderen Land hat dieser Konflikt die Umweltbewegung insgesamt in dem Ausmaß geprägt, wie in Deutschland (vgl. Roose 2010, S. 79). Viele Diskursanalysen deutscher Forscher*innen zur Energiewende haben deshalb einen konkreten Bezug zu Kernenergie.

„Ein Ereignis, wie das Reaktorunglück von Fukushima, hat das Potenzial etablierte Darstellungsmuster schlagartig zu verändern, denn es wirft unmittelbar sowie mittelbar neue Fragen zur Energieversorgung auf“ (Bräuer und Wolling 2014, S. 244).

Ähnlich wie der Kriegsausbruch in der Ukraine stellte auch die Reaktorkatastrophe von Fukushima ein extremes Ereignis dar, welches das Potenzial hatte die Debatte über die Energiewende entscheidend zu verändern. Durch das Nuklearunglück von Fukushima im März 2011 wurde über Japans Grenzen hinweg eine neue öffentliche Debatte über die Nutzung von Atomkraft ausgelöst. Extremereignisse (oder auch Schlüsselereignisse genannt) kennzeichnen sich dadurch, dass es zu einer drastischen Ausprägung vieler Nachrichtenfaktoren kommt (vgl. Emmer et al. in Bräuer und

Wolling 2014, S. 234). Im Folgenden soll daher aufgezeigt werden, ob die Forschung eine veränderte Berichterstattung in Deutschland über erneuerbare Energien nach dem Reaktorunfall von Fukushima festgestellt hat.

Bräuer und Wolling haben über die Reaktorkatastrophe von Fukushima eine internationale Studie durchgeführt, mit dem Ziel, den Effekt eines solchen Extremereignisses zu eruieren und statistisch abzusichern (vgl. Bräuer und Wolling 2014, S. 260). Um beurteilen zu können, ob sich die Berichterstattung über erneuerbare Energien verändert hat, verglichen sie die Erwähnungen verschiedener Problem-/Nutzenaspekte in Zeitungen aus 11 verschiedenen Ländern. In zwei Untersuchungszeiträumen (jeweils einer vor und einer nach Fukushima) wurden pro Land 160 Zeitungsartikel einer Inhaltsanalyse unterzogen. Die Forschenden konnten durch ihre international vergleichende Studie nachweisen, dass sich die Berichterstattung über erneuerbare Energien nach Fukushima in den untersuchten Ländern verändert hat, und dass die gefundenen Unterschiede auf materielle Rahmenbedingungen zurückzuführen sind (ebd. S.260). In dem von Bräuer und Wolling erstellten Modell waren jedoch nur einzelne Variablen statistisch signifikant, weshalb ein differenzierter Blick auf die einzelnen Staaten vonnöten sei. Wie sich die Rahmenbedingungen auf die Berichterstattung auswirken, sei jedoch nicht einfach vorherzusagen, da diese das Ergebnis einer komplexen Interaktion seien (ebd. S. 260). Zahlreiche Faktoren wie die vorherrschenden Machtverhältnisse, nationale Energiepolitik, politische Abhängigkeiten oder das Vorhandensein konventioneller Energieträger spielen hierbei eine Rolle. In Ländern, deren Energieversorgung überwiegend auf der Nutzung fossiler Energieträger beruht, und die somit einen hohen CO₂-Ausstoß haben, wurde nach Fukushima noch kritischer über die wirtschaftliche Leistung von erneuerbaren Energien berichtet als zuvor (ebd. S.261). Es gilt auch zu betonen, dass in der Studie nur einige materielle Faktoren mit einbezogen wurden und die Forschenden selbst darauf verweisen, dass in der weiteren Forschung weitere Faktoren berücksichtigt werden müssten. So nennen sie das Nutzungspotenzial der erneuerbaren Energien in den jeweils untersuchten Gebieten als weiteren möglicherweise relevanten Faktor.

Rochyadi-Reetz et al. verglichen in einer quantitativen Inhaltsanalyse die Berichterstattung über erneuerbare Energien in 11 Ländern zwischen 2010 und 2012 (vgl. Rochyadi-Reetz et al. 2019). In zwei Untersuchungszeiträumen jeweils vor und nach Fukushima wurden für jedes Land Medienstichproben (n=160-164 pro Land) aus zwei nationalen Tageszeitungen mit hoher Auflage gezogen (ebd. S.4). Sie kamen zu dem aus ihrer Sicht überraschenden Ergebnis, dass der Reaktorunfall in Fukushima die Medienberichterstattung über erneuerbare Energien nicht wie erwartet auf positive

Weise sondern sogar negativ beeinflusst hat (vgl. Rochyadi-Reetz et al. 2019, S. 9). Inwiefern Fukushima einen Einfluss auf die Berichterstattung einzelner Länder hatte, lässt sich nicht feststellen, da die betreffenden Berechnungen anhand der Frames dargestellt werden und einzelne Länder nicht mehr differenziert werden. So ist die Vergleichbarkeit mit anderen Studien erschwert. Eine Erklärung für das gefundene Phänomen der negativeren Berichterstattung sei in den verwendeten Daten nicht zu finden, so die Forschenden. Sie erwähnen aber die unterschiedlichen Machtverhältnisse der Akteur*innen als mögliche Erklärung. Während finanzstarke Industrien von fossilen Energieträgern und Atomenergie bekräftigten, dass herkömmliche Energiegewinnung nach wie vor lukrativer sei, ist es den Vertreter*innen der erneuerbaren Energien nicht gelungen, nach dem Reaktorunfall von Fukushima die Vorteile der Erneuerbaren in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken (ebd. S. 9). Die Forscher*innen ermittelten einen Zusammenhang zwischen der installierten Erzeugungsleistung erneuerbarer Energien und negativen Framings in der Berichterstattung. In Ländern mit viel installierter Leistung wurde der kritische Umwelt- und Sozialbewertungs-Frame häufiger thematisiert. Die Forscher*innen begründen dies damit, dass die negativen Folgen für Umwelt und Gesellschaft wie beispielsweise das veränderte Landschaftsbild durch die Installation von Windrädern sichtbar und somit in der öffentlichen Debatte relevanter wird (ebd. S. 9).

Die Analysen wurden in drei verschiedene Kategorien zusammengeführt: positive Aspekte der erneuerbaren Energien, wirtschaftliche und technische Schwierigkeiten und Umwelt- und soziale Probleme (ebd. S.8). Insgesamt war die positive Kategorie dominierend, lediglich 30% der Artikel enthielten einen der beiden negativen Frames. Der Frame wirtschaftliche und technische Probleme wurde vor Fukushima in 17,7% der Artikel behandelt und anschließend in 22,6%. Wie bei Bräuer und Wolling haben auch Rochyadi-Reetz et al. eine große Varianz zwischen den untersuchten Ländern festgestellt. So wird ersichtlich, dass die Berichterstattung über Erneuerbare insgesamt in Deutschland mit 54% den niedrigsten Anteil an Artikeln mit positiven Framings aufweist (ebd. S.8).

Dass sich der Diskurs um Atomkraft in Deutschland von den Diskursen in anderen Ländern vielfältig unterscheidet, wurde in verschiedenen Studien bereits belegt. So kommen Kepplinger und Lemke zu der Erkenntnis, dass die Berichterstattung in Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima intensiver und kritischer war, als es im Vergleich zu Schweiz, Frankreich und Großbritannien der Fall war (vgl. Kepplinger und Lemke 2014, S. 144). Auch wurde in der Medienberichterstattung

schneller ein Bezug zur Nutzung von Kernkraft in Deutschland hergestellt als in den anderen untersuchten Ländern (ebd. S.141).

Für die Berichterstattung über Atomkraft nach Fukushima lässt sich somit konstatieren, dass das Extremereignis die Berichterstattung in einigen Ländern verändert hat. Jedoch ist die Art und Weise der veränderten Berichterstattung in jedem Land different und es lassen sich wenig bis keine international übertragbaren Aussagen treffen. Für Deutschland lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung im internationalen Vergleich im Vorhinein schon kritischer war als in anderen Ländern. Nach dem Reaktorunglück wurde von den deutschen Medien zeitnah ein Bezug zu der hiesigen Nutzung von Kernkraft hergestellt, was letztendlich zu gesellschaftlichem Umdenken und politischem Handeln geführt hat.

3.3 Windenergie als gesellschaftlicher Diskurs

„Diskurse lassen sich als mehr oder weniger erfolgreiche Versuche verstehen, Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit zu stabilisieren und dadurch eine kollektiv verbindliche Wissensordnung in einem sozialen Ensemble zu institutionalisieren“ (Keller 2011, S. 8).

Orientiert an der Diskurs Definition nach Keller lässt sich daraus schließen, dass Diskurse für politische Akteur*innen wie Parteien oder politische Interessengruppen aus verschiedenen Gründen von großer Bedeutung sind. Im Lauf eines Diskurses können sich Bedeutungszuschreibungen ändern und die öffentliche Meinung kann sich dadurch verschieben.

Den Medien kommt für diesen Verlauf eine Schlüsselrolle als Vermittler zu (vgl. Bahnsen et al. 2016, S. 111). Mit ihrer Berichterstattung können sie den Diskurs beeinflussen und tragen so zur Meinungsbildung bei. Aufgrund dieser engen Verknüpfung von öffentlichen Diskursen und der medialen Berichterstattung gibt es auch in der Medienwirkungsforschung thematische Überschneidungen, was auch auf die Forschung zu der Berichterstattung über erneuerbare Energien zutrifft. Im Kontext der Erneuerbaren werden Berichterstattung und gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz eine enge Verknüpfung attestiert, was wiederum Auswirkungen auf den konkreten Ausbau von Erneuerbaren haben kann. So haben beispielsweise lokale Proteste gegen Windkraftanlagen, meist in Form von Bürgerinitiativen, den Bau dieser verzögert oder gar völlig verhindert.

Der Anfang des Diskurses um die Energiewende in Deutschland lässt sich auf die sozialen Bewegungen aus den 1970er und 1980er Jahren zurückführen (vgl. Mautz 2012, S. 150). Als besonders viel diskutierte Formen der Energiegewinnung gelten in Deutschland insbesondere die Atom- und Windkraft. Hierbei gilt es festzuhalten, dass von vorneherein eine breite Methodenpalette verwendet wurde, um die Diskurse zu analysieren. Ziel der Analysen ist es meist, zentrale Konfliktlinien sowie die diskurstreibenden Argumentationsmuster herauszuarbeiten. Über die Zeit lässt sich eine starke Zunahme an Publikationen, welche den Themenkomplex erneuerbare Energien und Landschaft behandeln beobachten (vgl. Leibenath 2013, S. 7). Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird als einer der wichtigsten Bezugspunkte öffentlicher Auseinandersetzungen mit dem Themenfeld Landschaft genannt (ebd. S. 7).

Wie bereits am Beispiel von Fukushima dargelegt wurde, sind häufig singuläre Ereignisse Ursache für eine Diskursanalyse im Bereich der Energiewende. So haben auch Bahnsen et. al. die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (kurz EEG) und damit einhergehenden Diskurs im Jahr 2014 als Untersuchungsgegenstand definiert. Das Gesetz regelt den Ausbau der erneuerbaren Energien und legt die Kriterien für die Einspeisung in das Stromnetz fest. Daher gilt es als äußerst relevant für die Energiewende in Deutschland. Mithilfe einer Diskursanalyse sollen „bestehende Akteursstrukturen und Argumentationslinien im Bereich EE“ aufgedeckt werden (Bahnsen et al. 2016, S. 114). Zunächst haben die Forscher*innen aus 291 Artikeln von *SZ*, *FAZ* und *Welt* über 200 Akteur*innen aus Politik, Unternehmen, Verbänden, Medien Wissenschaft und anderen Bereichen identifiziert und deren Argumente nach Frames und Pro/Contra sortiert (ebd. S.115,119). Abschließend wurde zusammengefasst dargestellt, welche Akteur*innen sich argumentativ nahestehen und aufgrund dessen sogenannte Advocacy Coalitions miteinander bilden (ebd. S.128). Unter dem Begriff versteht man das Eingehen eines Bündnisses politischer Akteur*innen. Über den Diskurs konnten die Forscher*innen so mehrere Erkenntnisse gewinnen. Maßgeblich geprägt wurde der Diskurs um die EEG-Novelle 2014 von Akteur*innen aus dem Bereich Politik, wohingegen Interessengruppen wie die Umweltverbände nur eine wenig beachtete Rolle im Diskurs innehatten. Die SPD war hierbei die aktivste Partei, welche die Novelle im Gegensatz zu vielen anderen Akteur*innen befürwortete. Die meisten anderen Parteien standen der Novelle eher kritisch gegenüber, lediglich Wissenschaft und Teile der Presse wirkten im öffentlichen Diskurs unterstützend (ebd. S.129). Die Forscher*innen geben zu bedenken, dass die EEG-Novelle lediglich stellvertretenden Charakter für die mediale Auseinandersetzung mit der Energiepolitik in Deutschland habe, jedoch weisen vergleichbare Studien Übereinstimmungen auf (ebd. S.130).

Im Diskurs um erneuerbare Energien gilt Windkraft als umstrittener im Vergleich zu anderen Arten der erneuerbaren Energiegewinnung und wird daher am häufigsten diskutiert. *„Die Verankerung spezifischer Diskurse und damit ‚Wirklichkeiten‘ geschieht im Zuge der Herausbildung zentraler Knotenpunkte, an die sich Momente des Diskurses in so genannten Äquivalenzketten aneinanderfügen“* (Weber 2018, S. 336).

Als ein Grund hierfür wird immer wieder das veränderte Landschaftsbild genannt, welches mit dem vermehrten Bau von Windrädern einhergeht. So hat auch Florian Weber hat in seinem Werk neben den vielfach genannten Terminanten ‚Diskurs‘ und ‚Konflikt‘ ‚Landschaft‘ als einen der zentralen Begriffe für seine Arbeit festgelegt (vgl. Weber 2018, 44 f.). Er beschreibt Landschaft dabei als soziales Konstrukt, welches sich durch spezifische Zuschreibungen definiert (vgl. ebd. S. 337). Die Verankerung „sozial diskursiver Landschaftsvorstellungen“ würde laut Weber dafür sorgen, dass der Wunsch nach einer gleichbleibenden Landschaft allgegenwärtig ist (ebd. S.339). Neben der Veränderung des Landschaftsbildes werden Gesundheit, Naturschutz und Ökonomie als bedeutende Konfliktfelder identifiziert.

Weber wählte für seine Arbeit zur Energiewende als Konfliktfeld eine mehrdimensionale Herangehensweise (vgl. ebd. S. 338). Hierbei wurden der Diskurs um Netz- und Windkraftausbau berücksichtigt. Durch die Kombination von quantitativen Frequenzanalysen, Quantifizierung diskursiver Sprecherpositionen, diskurstheoretischer Bildanalysen und die Analyse narrativer Muster konnte Weber sowohl übergreifende Muster als auch kleinteilige Inkonsistenzen herausarbeiten. Seine diskursanalytischen Ergebnisse verdeutlichen die Komplexität von Netz- und Windkraftausbau, bei denen Energiewende zu einem zentralen Knotenpunkt wird, welcher vielfältig anknüpfungsfähig ist (vgl. ebd. S. 338). Er kommt zu dem Schluss, dass eine prinzipielle Befürwortung der Energiewende nicht gleichbedeutend mit einer gleichermaßen ausgeprägten Befürwortung aller erneuerbaren Energieträger sei (vgl. ebd. S. 339). Dem windschwächeren Süden attestiert er eine vorliegende Skepsis gegenüber dem Ausbau von Windkraft. Auch auf die Argumente von kritischen Positionen geht Weber ein: *„Windkraftanlagen könnten die kontinuierliche Versorgung nicht gewährleisten, seien keineswegs so effizient wie behauptet und auch finanziell ein Verlustgeschäft. Ergänzend wird teilweise der Klimawandel hinterfragt“* (Weber 2018, S. 339).

In einer Studie von 2012 haben Leibenath und Otto die für die Regionalplanung zuständigen Stellen telefonisch befragt. Nachdem in den Befragungen Windkraft mit großem Abstand als häufigster Auslöser für landschaftsbezogene Debatten genannt wurde, wollten Leibenath und Otto unter anderem die Argumentationsmuster zu den vorliegenden Landschaftskonzepten skizzieren (vgl. Otto und Leibenath 2013, S. 66).

Hierfür betrachteten sie verschiedene Diskurse über den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland und stellten dabei fest, dass die Argumentationsmuster in den verschiedenen Diskursen sehr ähnlich artikuliert wurden. Daraus schlussfolgerten sie eine „gewisse Persistenz diskursiver Strukturen“ (vgl. ebd. S. 73). Aufgrund der heterogenen lokalen Gegebenheiten unterscheide sich jeder Diskurs über Windkraftausbau und es könne daher keine allgemeingültige Bedienungsanleitung für die konfliktfreie Umsetzung von Windkraftprojekten erstellt werden. Durch ein frühes Einbeziehen der Bevölkerung und oppositioneller Gruppen und möglichst transparente Entscheidungsprozesse könne jedoch das Konfliktpotenzial verringert werden (vgl. ebd. S. 73).

Aufgrund von stattfindenden Pragmatisierungen wurden diskurstheoretische Analysen mit der Zeit weniger dogmatisch und verfolgten zunehmend das Ziel einer puristischen Theoriebildung (vgl. Weber 2018, S. 337). In der internationalen Forschung um den öffentlichen Diskurs der Erneuerbaren hat sich das bereits erwähnte Framing zunehmend als Alternative zu den diskursanalytischen Forschungsansätzen etabliert. Darauf wird im folgenden Kapitel ausführlicher eingegangen.

3.4 Internationale Forschung zur Medienberichterstattung über erneuerbare Energien

Eine große Zahl der bisherigen Arbeiten zu Medienberichterstattung über erneuerbare Energien beruht auf dem Konzept des Framing (vgl. Rochoyadi-Reetz et al. 2019, S. 2). Unter Bezugnahme auf Framing war das Ziel der Forschenden meistens die vorliegenden Argumentationsmuster zu sortieren und anschließend zusammenzufassen. Rochoyadi-Reetz et al. fassen die bisherige Forschung über Framings von erneuerbaren Energien in vier Dimensionen zusammen: Wirtschaft, Technologie, Umwelt und Gesellschaft (vgl. ebd. S. 2).

Stephens et al. publizierten 2009 eine Studie, die die Medienberichterstattung der drei US-Bundesstaaten Texas, Minnesota und Massachusetts miteinander verglich. Sie bezeichnen die Windenergie bereits als wertvolle Technologie, die in Zukunft eine klimaneutrale Energieversorgung ermöglichen könne. Die Studie orientierte sich an Luhmann's ökologischer Kommunikationstheorie und stellt den Versuch ihrer Übertragung in die Empirie dar. Obwohl die drei Bundesstaaten ein ähnlich hohes Potenzial für Windressourcen aufweisen, nutzen sie das vorhandene Potenzial sehr unterschiedlich (vgl. Stephens et al. 2009, S. 172). Die Staaten wiesen auch geographisch, ökonomisch und institutionell große Unterschiede auf. Ziel der Arbeit war es daher,

die hohe Varianz innerhalb der Bundesstaaten an installierter Erzeugungsleistung durch Windkraftanlagen zu erklären, da sie sich nicht ausschließlich durch das unterschiedliche Potenzial erklären lasse. Datengrundlage für die Analyse waren die Artikel der jeweils auflagenstärksten Regionalzeitungen in den Bundesstaaten in den Jahren 1990 bis 2007. Die Daten zeigten zunächst auf, dass die Anzahl an Artikeln über Windkraft seit 2001 stetig zugenommen hatte und dass im Jahr 2007 in allen drei Zeitungen am häufigsten ein Bezug zum Klimawandel hergestellt wurde (ebd. S.175 f.). In Minnesota, dem Bundesstaat mit der wenigsten Windkraft, wurde insbesondere der Risikoframe weitaus häufiger verwendet, als es in den beiden anderen Bundesstaaten der Fall war (ebd. S.185). Ein Grund hierfür war laut der Forscher*innen das umstrittene Cape Wind Projekt. Im texanischen Diskurs wird besonders häufig die Historie des Staates als wichtiger Standort für die Energieindustrie betont, weshalb auch die Windkraft meist in einem wirtschaftlichen Kontext genannt wird. In Massachusetts ist der Diskurs überwiegend positiv geprägt und der Diskurs konzentriert sich auf technische und wirtschaftliche Framings. Obwohl mit voranschreitender Zeit in immer mehr Artikeln ein Zusammenhang zu Klimawandel hergestellt wurde, haben auch im Jahr 2007 viele Artikel noch keinen Bezug hierzu, sondern konzentrieren sich auf lokale Fortschritte beim Ausbau der Windkraft (vgl. ebd. S. 186).

Eine der ersten international vergleichenden Studien, die eine Medienanalyse zum Thema Energiepolitik veröffentlichte, wurde von Tuula Teräväinen 2011 publiziert. Dort wurden über 1200 Zeitungsartikel aus Finnland und Großbritannien von den Jahren 1991 bis 2006 untersucht. Die Daten stammen aus Artikeln der britischen Zeitungen *The Times* und *The Guardian* und der finnischen Zeitung *Helsingin Sanomat*. Die Analyse kam zu dem Ergebnis, dass es sowohl einige Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung gab als auch nationale Besonderheiten. ‚Ökonomisches Wachstum‘ und ‚freie Märkte‘ waren in beiden Ländern wichtige Themenaspekte, welche begleitet wurden von der Sorge um den Klimawandel und die öffentliche Debatte um eine Emissionsreduzierung (vgl. Teräväinen 2011, S. 313). Auffallend war auch, dass in beiden Ländern das Thema Energieversorgung allgemein zunehmend mit globalen, sozialen und politischen Fragestellungen verbunden wurde. Während in Finnland die Energiepolitik seit Jahrzehnten als integraler Bestandteil für die Erfolgsbeurteilung einer Regierung galt, wurde das politische Gewicht der Thematik in Großbritannien erst in den 2000ern erkannt (ebd. S.313). Nationale Besonderheiten wurden durch die unterschiedliche politische Kultur der beiden Länder erklärt, beispielsweise das Verhältnis von Medien und Regierung. In der Studie wird sehr gut verdeutlicht, wie sich die

Beziehung von Technologie, Gesellschaft und Umwelt seit Anfang der 90er gewandelt hat, indem sich die Debatte von einer ökozentrischen hin zu einer techno-soziozentrischen Sichtweise verschoben hat (ebd. S. 314). Galt bei der ökozentrischen Sichtweise noch der Grundsatz die technoökonomische Entwicklung bedrohe das Ökosystem, wird Technologie bei der techno- und soziozentrischen Sichtweise als Lösung für Umweltprobleme und Faktor für Frieden und Gerechtigkeit verstanden. Die Debatte um die Energieversorgung wird für die vergleichende Forschung somit zunehmend zu einem Forschungsfeld mit globalem und internationalem Hintergrund.

2015 veröffentlichten Djerf-Pierre et al. eine vergleichende Studie über die Berichterstattung erneuerbarer Energien in Australien und Schweden. Die beiden Länder weisen stark divergente institutionelle Rahmenbedingungen auf, was ihre Auswahl für die Studie erklärt, da bezogen auf den Umweltjournalismus eklatante Unterschiede erwartet wurden. Für die Analyse wurde aus jedem Land die bekannteste Zeitung ausgewählt, denen aufgrund ihrer großen Leser*innenschaft ein großer Einfluss auf die öffentliche Meinung attestiert wurde (Schweden: *Dagens Nyheter*; Australien: *The Australian*) (vgl. Djerf-Pierre et al. 2015, S. 639). Mit einem deduktiv quantitativen Ansatz wollten die Forschenden dominante Frames in den Artikeln der beiden untersuchten Zeitungen identifizieren (ebd. S. 634). Die verschiedenen Frames wurden anschließend nach Themen sortiert und zusammengefasst.

Zunächst fanden die Forscher*innen heraus, dass sich die Berichterstattung wie zuvor erwartet wurde, in den beiden Ländern stark unterscheidet. In Schweden wurde eine ambivalente Art des Framings festgestellt. Die Ideologie der ‚ökologischen Modernisierung‘ wurde kombiniert mit einem grundlegenden Pessimismus gegenüber bestimmter Formen erneuerbarer Energien wie Ethanol-Kraftstoff oder Windkraftanlagen (vgl. ebd. S. 650). In Australien hingegen war Wirtschaftswachstum das beherrschende Thema in Bezug auf die Energieversorgung und der Ausbau erneuerbarer Energien fand nur in einigen Artikeln Berücksichtigung (vgl. ebd. S. 651). Djerf-Pierre et al. kamen zu dem Schluss, dass eine Kombination aus strukturellen (Energieresourcen und Energieproduktion) und institutionellen Faktoren (Politik sowie Industrie) ausschlaggebend für die Berichterstattung innerhalb eines Landes sind. Die Berichterstattung war dabei abhängig von der „Domestizierung der Diskussion über erneuerbare Energien in den beiden Ländern“ (vgl. ebd. S. 650). Die Studie zeigte auf, dass kontextuelle Bedingungen die journalistische Arbeit in Bezug auf Umweltthemen beeinflussen, indem sie diese sowohl ermöglichen als auch begrenzen können. Die Forschenden sortierten die Artikel in fünf Framing-Kategorien, (wirtschaftlich, ökologisch, technisch/wissenschaftlich, zivilgesellschaftlich, politisch), welche wiederum in

Unterkategorien sortiert wurden. Neben einer Übersicht relevanter Frames erstellten die Autor*innen auch eine Auflistung mit Akteur*innen, die in den Artikeln zu Wort kamen. Die Mehrheit der Akteur*innen kam aus den Bereichen Industrie und Politik.

Die Forschenden formulieren am Ende ihrer Arbeit die Forderung an künftige Forschung, die Liste der von ihnen erarbeiteten Frames zu erweitern und zu verfeinern. Sie schlagen darin vor, das Thema „nationale Sicherheit“ zu ergänzen, da die Krimkrise 2014 verdeutlicht habe, dass erneuerbare Energien für viele Länder eine Möglichkeit seien, unabhängig von Lieferungen russischen Gases zu sein (ebd. S.652). Dieser Forderung ist ein Beleg für die Relevanz der Fragestellung der hier vorliegenden Arbeit, da die Krimkrise 2014 und der 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands eng miteinander verknüpft sind.

Ehlers und Sutherland haben in einer 2015 veröffentlichten Studie die Berichterstattung über erneuerbare Energien in der britischen 'farming press' untersucht (vgl. Ehlers und Sutherland 2015, S. 959). Den Bezug zum Agrarsektor begründen die Forschenden mit der Bedeutung des Sektors für den Ausbau der Erneuerbaren, da er Standorte, Rohstoffe und Investitionen bereitstelle. Die Studie hat das Ziel durch eine Quantifizierung der Artikelzyklen erhöhte Aufmerksamkeit für die erneuerbaren Energien herauszuarbeiten, um im Anschluss durch eine qualitative Analyse die Ursache für die erhöhte Aufmerksamkeit nachvollziehen zu können (vgl. ebd. S. 960). In der Analyse wurden vier verschiedene Arten erneuerbarer Energien betrachtet, mit dem Ergebnis, dass Windenergie das häufigste aller Themen in der Presse war. Als Hauptgrund für die vermehrte Aufmerksamkeit der Windkraft nennen die Forscher*innen den kontroversen Charakter der Windkraft, was beispielsweise für Photovoltaik weniger zutreffend ist, da diese wie bereits erwähnt als allgemein akzeptierter und weniger kontrovers gilt (ebd. S.968). Außerdem lässt sich laut Ehlers und Sutherland die anhaltende Aufmerksamkeit auch durch ständige technologische und politische Veränderungen erklären, die bei der Windkraft offensichtlicher sind als bei Biokraftstoffen (ebd. S.968). Die allgemeine Akzeptanz einer Technologie könne ebenfalls die Aufmerksamkeit beeinflussen, so die Forschenden.

Es lässt sich feststellen, dass die Autor*innen der bisherigen Studien bezüglich ihres Forschungsinteresses eine inhaltliche Nähe zueinander aufweisen. Die bisherigen Untersuchungen wählten alle einen vergleichenden Ansatz, um erklärende Faktoren für die Art und Weise der Berichterstattung herauszuarbeiten. Einige der Ansätze verglichen verschiedene geographische Räume zur gleichen Zeit, während andere Ansätze gleiche geographische Räume zu unterschiedlichen Zeiträumen miteinander verglichen.

Dabei wurde gezeigt, dass sowohl sozio-kulturelle Faktoren als auch Extremereignisse zu einem veränderten Framing in der Berichterstattung führen können. Mithilfe von Sortier- und Codierverfahren soll der jeweilige Diskurs übersichtlicher dargestellt und zusammengefasst werden. Darüber hinaus werden die gefundenen Ergebnisse anschließend interpretiert, indem Faktoren für das eventuell divergierende Framing erarbeitet werden.

Ausgehend vom aktuellen Forschungsstand lassen sich daher folgende Grundannahmen festhalten:

- 1) Einzelne Extremereignisse wie Fukushima haben das Potenzial, die Berichterstattung in verschiedenen Ländern zu verändern
- 2) Die Art und Weise der Medienberichterstattung über erneuerbare Energien ist von zahlreichen sozio-kulturellen Faktoren abhängig und variiert je nach den jeweiligen Bedingungen
- 3) Veränderte politische oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen können die Aufmerksamkeit erneuerbarer Energien erhöhen und den Diskurs auf neue Weise prägen

Der vorliegende Forschungsstand legt nahe, dass diese Grundannahmen in ähnlicher Form auch für die Berichterstattung über Windkraft seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine zutreffend sind. Diese Vermutung gilt es in den folgenden Kapiteln zu überprüfen und zu konkretisieren.

4. Methodisches Vorgehen

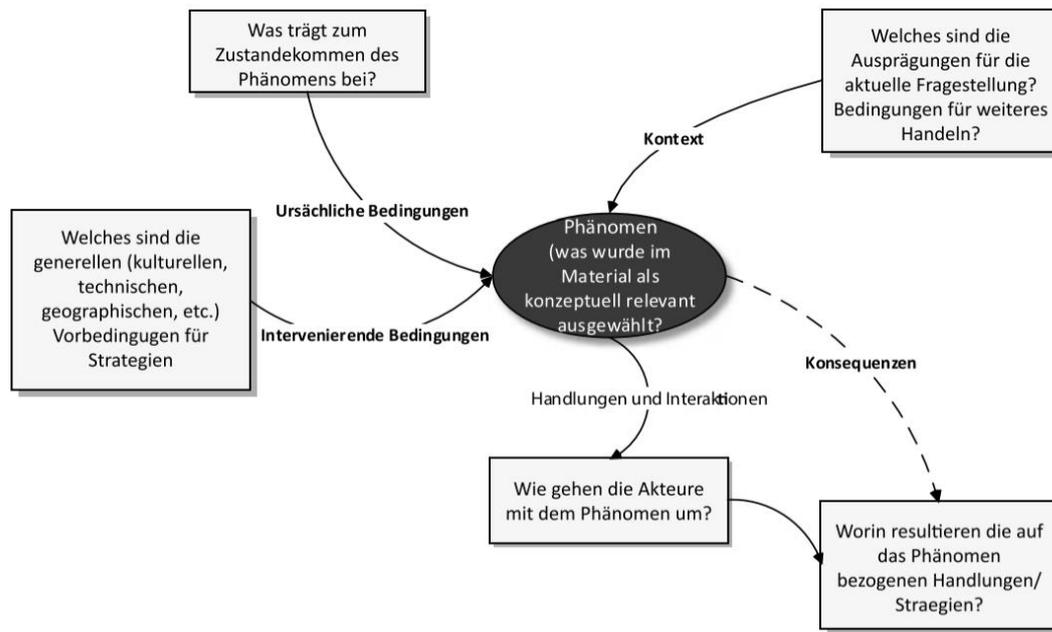
Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und den darauffolgenden intensiven Debatten um die Energieversorgung in Deutschland stellt sich die Frage, ob dieses Ereignis die Medienberichterstattung verändert hat. Ziel dieser Arbeit ist es, die Medienberichterstattung systematisch zu analysieren und die Berichterstattung vor und nach Kriegsausbruch miteinander zu vergleichen.

Als methodische Grundlage für die Analyse der vorliegenden Arbeit dient die Grounded Theory, welche in den 1960er Jahren von den beiden Soziologen Anselm Strauss und Barney Glaser entwickelt wurde. Seit dieser Zeit avancierte die Grounded Theory zu einem der am weitesten verbreiteten Verfahren der qualitativ-interpretativen

Sozialforschung (vgl. Strübing 2021, S. 1) und ist aus der qualitativen Sozialforschung nicht mehr wegzudenken (vgl. Hunger und Müller 2016, S. 259). Die Grounded Theory zeichnet sich durch eine induktive Forschungslogik aus, welche die Lücke zwischen alltagsnaher empirischer Forschung und sozialwissenschaftlicher Theorie zu schließen vermag (vgl. ebd. S. 260). Eines der Kernelemente der Grounded Theory ist die zeitliche Parallelität von sowohl empirischen als auch theoretischen Elementen. Dadurch ist der Forschungsprozess nicht vorab feststehend, sondern er findet dynamisch statt und kann entsprechend modifiziert werden. Ein weiteres Kernelement der Grounded Theory ist ein mehrstufiges Auswertungsverfahren der empirischen Daten, was Glaser und Strauss als „Kodieren“ bezeichnen (vgl. Strübing 2021, S. 15). Der Prozess des Kodierens ist geprägt durch permanentes Vergleichen (*constant comparative method*) und ermöglicht durch paralleles Kodieren und Analysieren eine systematische Theoriebildung (vgl. Glaser und Strauss 1967, S. 102). Die konstant vergleichende Methode ermöglicht die Entwicklung von Kategorien, Eigenschaften und Hypothesen über allgemeine Probleme (ebd. S. 104). Diesen Ansatz des ständigen Vergleichens hat Strauss später gemeinsam mit Juliet Corbin zu einem dreistufigen Modell weiterentwickelt, welches aus *offenem*, *axialem* und *selektivem* Kodieren besteht (vgl. Corbin und Strauss 1990, S. 12). Beim offenen Kodieren werden die Daten zunächst analytisch aufgeschlüsselt, indem sie miteinander verglichen werden, was zu der Herausbildung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden führt. Parallel werden diese dann mit umschreibenden Begrifflichkeiten versehen, was eine erste Gruppierung und Kategorisierung der vorliegenden Daten erlaubt. Das axiale Kodieren zeichnet sich dadurch aus, dass die Kategorien mit ihren jeweiligen Unterkategorien in Beziehung zueinander gesetzt und anhand der Daten nochmals überprüft werden (ebd. S. 13). Die hypothetischen Beziehungen der Kategorien müssen so lange als vorläufig betrachtet werden, bis sie wiederholt durch die vorliegenden Daten geprüft werden. Ein weiterer Vergleich kann dazu führen, dass die zuvor deduktiv aufgestellte Hypothese überarbeitet oder verworfen werden muss (ebd. S. 13). Selektives Kodieren umfasst einen Prozess, bei dem eine „Kernkategorie“ herausgearbeitet wird, um die sich alle anderen Kategorien sortieren und die alle eine Beziehung zur Kernkategorie aufweisen. Dort wo nötig sollen einzelne Kategorien durch beschreibende Details ergänzt werden. Durch das selektive Kodieren wird der Forschungsgegenstand in einen überschaubaren und nachvollziehbaren Gesamtkontext gesetzt, welches durch die Erstellung von Diagrammen verbildlicht werden kann. Leitfragen für das selektive Kodieren sind hierbei: „Was ist die wichtigste analytische Idee, die in dieser Studie vorgestellt wird? Worum geht es bei der ganzen Aktion/Interaktion? Wie erkläre ich die Unterschiede, die ich zwischen den einzelnen Kategorien sehe?“ (Corbin

und Strauss 1990, S. 14). Kategorien eines niedrigen Abstraktionsniveaus sind meist schon zu einem frühen Zeitpunkt der Datenauswertung erkennbar, während Kategorien eines höheren Abstraktionsniveaus erst später im Kodierprozess auftauchen (vgl. Hunger und Müller 2016, S. 261).

Abbildung 1: Kodierparadigma nach Strauss



Quelle: (Strübing 2021, S. 27)

Abbildung 1 zeigt das von Strübing zusammengefasste Kodierparadigma nach Strauss, welches er nach der Veröffentlichung der Grounded Theory weiterentwickelt hat. Demnach werden die in der Analyse gesammelten Ergebnisse zueinander in Bezug gesetzt, um die vorliegenden Zusammenhänge zu verdeutlichen und das allgemeine Verständnis des untersuchten Phänomens zu vertiefen.

4.1 Datenerhebung und Bereinigung des Datensatzes

Eine Datenerhebung, die sich an den Prinzipien der Grounded Theory orientiert, setzt voraus, dass die Forscher*innen parallel zur Datenerhebung bereits die Kodierung sowie die Analyse vornehmen. In einem sich wiederholenden Prozess entscheiden die Forscher*innen nach einer ersten Datenerhebung welche Daten im nächsten Schritt erhoben werden sollen (vgl. Glaser und Strauss 1967, S. 45). Dieser Prozess wird als *theoretical sampling* bezeichnet (ebd. S. 45).

Für die vorliegende Arbeit wurde anhand gezielt ausgewählter Zeitungsartikel bundesweiter Zeitungen eine Stichwortsammlung erstellt. Mit dieser Stichwortsammlung wurden die Datenbanken von sechs der auflagenstärksten Lokalzeitungen in Baden-Württemberg durchsucht, welche auch geographisch einen großen Teil Baden-Württembergs abdecken (Badische Zeitung, Heilbronner Stimme, Schwäbische Zeitung, Schwarzwälder Bote, Stuttgarter Nachrichten/Stuttgarter Zeitung, Südkurier).

Baden-Württemberg stellt aus mehreren Gründen ein geeignetes Gebiet für die vorliegende Fragestellung dar. Die Landesregierung sieht Windenergie als „Schlüsseltechnologie“ und strebt einen deutlichen Ausbau der Windenergie an (vgl. Landesanstalt für Umwelt BW o.J.). 2019 wurde eine umfangreiche Potenzialanalyse in Baden-Württemberg durchgeführt, bei der mindestens 6,2% der Landesfläche als geeignete Flächen für Windkraftanlagen herausgearbeitet wurden (ebd.). Mit der Energie Baden-Württemberg AG (kurz: EnBW) ist einer der größten Stromversorger Deutschlands in Baden-Württemberg ansässig, der ebenfalls einen ambitionierten Ausbau der Windkraft anstrebt. Aufgrund dieser Faktoren ist davon auszugehen, dass Windkraft in Baden-Württemberg von der Öffentlichkeit als relevantes Thema wahrgenommen wird und es daher auch in der Medienberichterstattung omnipräsent ist. Aufgrund der recht heterogenen Medienlandschaft in Baden-Württemberg ist von einer facettenreichen und vielseitigen Berichterstattung auszugehen, was die Validität der Studie stärkt.

Da die vorliegende Arbeit das Ziel hat, die Berichterstattung vor und nach dem Kriegsausbruch miteinander zu vergleichen, müssen zunächst zwei Analysezeiträume bestimmt werden. Beide Untersuchungszeiträume sollen einen Monat, genauer 31 Tage andauern. Der erste Zeitraum beginnt am 24. Januar 2022 und endet am 23. Februar 2022, einen Tag vor Kriegsbeginn. Den Startpunkt des zweiten Zeitraums markiert die Präsentation des sogenannten Osterpakets durch Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck am 06. April 2022 und endet am 06. Mai 2022. Dieses Paket umfasste zahlreiche Gesetzesänderungen mit dem Ziel, den Ausbau der Erneuerbaren stark zu beschleunigen. Darüber hinaus werden die erneuerbaren Energien in dem Paket als im „überragenden öffentlichen Interesse“ definiert, was den Genehmigungsprozess auch von juristischer Seite vereinfachen soll (vgl. tagesschau 2022). Der zweite Untersuchungszeitraum beginnt nicht direkt mit dem Kriegsausbruch, sondern ist mit einem innerdeutschen politischen Ereignis gekoppelt, weil davon auszugehen ist, dass die Medien und die Öffentlichkeit allgemein in der Zeit direkt nach Ausbruch des Krieges ihren Fokus auf dem russischen Angriffskrieg hatten und die

daraus resultierende energiepolitische Debatte für Deutschland erst etwas später eingesetzt hat, beziehungsweise deren Hochpunkt erst später stattfand.

Durch die Forschungsfrage ist bereits definiert, welche Artikel grundsätzlich für die Analyse benötigt werden, weshalb das theoretical sampling hierbei keine Verwendung findet. Zunächst wurden alle Artikel gesammelt, die mindestens eines der Stichworte (Windkraft, Windrad, Windpark, Windenergie, Onshore) enthielten. Parallel zum Kodierprozess wurden dann Artikel aussortiert, die Windkraft nur marginal behandeln. Als Gütekriterium kristallisierte sich während der Analyse heraus, dass Artikel, welche lediglich einmal eines der Stichworte enthalten als ungeeignet klassifiziert werden können, da diese Windkraft nur in ein bis maximal zwei Sätzen behandelten. Eine Einteilung in Kategorien bzw. Frames war in diesen Fällen nicht möglich, weshalb diese Artikel für die weitere Analyse nicht relevant waren. Mit der Stichwortsammlung wurden aus den Datenbanken der sechs Lokalzeitungen zunächst 251 Artikel gesammelt. Das bereinigte Sample umfasste anschließend noch 185 Artikel. Tabelle 1 zeigt die Anzahl der Artikel aufgeteilt nach den jeweiligen Zeitungen.

Tabelle 1: Artikel zu Windkraft aus den sechs Lokalzeitungen inklusive Grundsample und bereinigtem Sample

Zeitung	Grundsample	Windkraft marginal	Bereinigtes Sample
Badische Zeitung	28	0	28
Heilbronner Stimme	81	25	56
Schwäbische Zeitung	38	10	28
Schwarzwälder Bote	14	0	14
Stuttgarter Nachrichten/ Stuttgarter Zeitung	52	15	37
Südkurier	38	16	22
Gesamt	251	66	185

Quelle: eigene Darstellung

5. Analyse und Ergebnisse

Nachdem im vorherigen Kapitel die Erstellung des Datensatzes erläutert und begründet wurde, können nun die Ergebnisse dargestellt werden. Die Analyse der insgesamt 185 Artikel wurde nach den Prinzipien der Grounded Theory, genauer gesagt nach dem von Strauss und Corbin erarbeiteten Prozess des dreistufigen Codierens durchgeführt.

Allgemein lässt sich zunächst festhalten, dass sich eine überwiegend große Anzahl der untersuchten Artikel unabhängig vom Zeitraum konstruktiv mit dem Thema Windkraft auseinandersetzt und es wenig bis keine Artikel gibt, welche Windkraft als etwas prinzipiell Negatives beurteilen. Bei der rein quantitativen Betrachtung der gesammelten Artikel beider Zeiträume lassen sich zunächst keine gravierenden Unterschiede feststellen. Das bereinigte Sample umfasst für den ersten Zeitraum 87 und für den zweiten 98 Zeitungsartikel. Ein möglicherweise vorherrschender Verdacht, dass der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine das Thema Energieversorgung in den deutschen Medien massiv in den Vordergrund gerückt hat, kann somit nicht bestätigt werden.

Tabelle 2: Anzahl der analysierten Zeitungsartikel sortiert nach Zeitungen und Zeitraum

Zeitung	Zeitraum 1	Zeitraum 2
Badische Zeitung	17	11
Heilbronner Stimme	21	35
Schwäbische Zeitung	12	16
Schwarzwälder Bote	8	6
Stuttgarter Nachrichten/ Stuttgarter Zeitung	16	21
Südkurier	13	9
Gesamt	87	98

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 2 differenziert die analysierten Artikel beider Zeiträume nach den jeweiligen Zeitungen. Für die Badische Zeitung, den Schwarzwälder Boten und den Südkurier ist die Anzahl der Artikel im ersten Zeitraum leicht höher, wohingegen für die Heilbronner Stimme, die Schwäbische Zeitung und die Stuttgarter Nachrichten/Stuttgarter Zeitung im zweiten Zeitraum mehr Artikel gesammelt wurden. Bei der Heilbronner Stimme ist die Differenz beider Zeiträume am größten, dort lässt sich im Vergleich zu den anderen untersuchten Medien ein erhöhtes Aufkommen der Berichterstattung über Windkraft konstatieren.

Auf der inhaltlichen Ebene werden vielfältige Veränderungen in der Berichterstattung deutlich. Ein allgemeiner Konsens über die Wichtigkeit der erneuerbaren Energien und deren Ausbau lässt sich zwar Zeitraum-übergreifend konstatieren, jedoch wird diese grundsätzlich positive Haltung im zweiten Analysezeitraum häufiger und intensiver zum Ausdruck gebracht. Wiederkehrende Aspekte wie der lange

Genehmigungsprozess, die Betonung der Wichtigkeit eines schnell(er) voranschreitenden Ausbaus der Windkraft an Land oder Konfliktpunkte wie Landschaftsbild und Versorgungssicherheit treten in beiden Analysezeiträumen auf, jedoch mit veränderten Prioritäten, wie in den später folgenden Ausführungen noch deutlich werden wird. Parteipolitische Interessen spielen in den untersuchten Daten lediglich eine untergeordnete Rolle und finden daher auch in der folgenden Analyse wenig Berücksichtigung. Eine Erklärung hierfür könnte die Tatsache bieten, dass die demokratischen Parteien einen grundsätzlichen Konsens darüber haben, dass der Ausbau von Windkraft generell als ein wichtiges Ziel gilt. Wie später in der Analyse noch ausführlicher dargestellt werden wird, finden sich nur wenige Aussagen von Politiker*innen, die sich gegen ein geplantes Windrad aussprechen. Parteipolitische Unterschiede gibt es lediglich punktuell bei einzelnen Planungsvorhaben. Verstärkt wird dieses Phänomen durch die Tatsache, dass die auf Landesebene geführte Regierung von den Grünen und der CDU sehr einig ist, was den prinzipiellen Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg betrifft. Beide Parteien streben eine Vereinfachung des Genehmigungsprozesses und eine koordinierte Flächenplanung für neue Windkraftanlagen an, was erklären könnte, weshalb in der Berichterstattung parteipolitische Debatten eine zu vernachlässigende Rolle spielen.

Tabelle 3: Übersicht über die relevanten Kategorien in der Berichterstattung über Windkraft

Kategorie / Frame	Unterkategorien
ambitionierter Ausbau	Ausbau muss schneller gehen, Bericht über (ambitionierten) Ausbau, Befürwortung in der Bevölkerung
Konfliktpunkte	Flächendiskussion/ Landschaftsbild/ Lärm/ Artenschutz/ Versorgungssicherheit/ Bürgerinitiativen
Genehmigungsprozess/ Bürokratie	Forderung, dass Genehmigung schneller gehen muss, konkrete Handlungen durch bspw. Gesetzesänderungen / komplexe Prozesse erschweren Projekt
finanzielle Vorteile	Mehrwert für Bürger*innen oder Gemeinden durch Installation von Windrädern

Komplikationen im Prozess	geplantes Projekt wird nicht gebaut/ verzögert sich / bekommt Probleme / Politiker*innen sprechen sich offen gegen Projekt aus
innovative Lösungsansätze	kreative Maßnahmen zur Energiege- winnung durch Windkraft, Innovatio- nen, Betonung des technischen Fort- schritts

In Tabelle 3 werden die im Laufe der Analyse erarbeiteten Kategorien dargestellt. Die dort enthaltenen sechs Kategorien lassen sich als äquivalent zu den in den Artikeln vorkommenden Frames verstehen.

Eines der Schlüsselerkenntnisse dieser Arbeit liegt darin, dass zwar fast alle Frames in beiden Erhebungszeiträumen vorkommen, der Kontext aber unterschiedlich oder zum Teil sogar ein völlig anderer ist. Das prägendste Beispiel für dieses Phänomen ist das Stichwort Versorgungssicherheit. Sowohl vor als auch nach dem Kriegsausbruch wird diese thematisiert. Im Zeitraum vor dem Krieg wird noch hinterfragt: ‚Was passiert, wenn mal kein Wind weht und keine Sonne scheint?‘. Es bestehen Bedenken, inwiefern eine Energieversorgung, die vollständig von Erneuerbaren gespeist wird, auch an wind- und sonnenschwachen Tagen verlässlich ist. Im Zeitraum nach Kriegsausbruch ist die vorherrschende Fragestellung: ‚Wie können wir unsere Energieversorgung ohne Kohle und Gas aus Russland sicherstellen?‘. Windkraft wird hier nicht mehr als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung verstanden. Zurückführen lässt sich dieser unterschiedliche Kontext auf die verschobenen Bedingungen, was die Energieversorgung angeht. Während vor dem Kriegsausbruch das Hauptargument für Windkraft häufig die drohende Klimakrise und die damit verbundene Notwendigkeit einer klimaneutralen Energieversorgung war, kam anschließend das neu erstarkte Argument der Unabhängigkeit von Russland beziehungsweise von autoritär regierten Ländern im Allgemeinen hinzu. Daraus folgt, dass sich im zweiten Untersuchungszeitraum eine breitere Unterstützung für Windkraft finden lässt, als dies im ersten der Fall war. Dies drückt sich auf vielfältige Art aus, indem in vielen der festgelegten Kategorien Unterschiede zu erkennen sind.

Tabelle 4: Häufigkeit der auftretenden Frames separiert nach Zeiträumen

Frames	Zeitraum 1 (n= 87)	Zeitraum 2 (n= 98)	Differenz	df	χ^2	p
	Anzahl (% des Samples)	Anzahl (% des Samples)				
ambitionierter Ausbau	30 34,5%	58 59,2%	28 24,7%	5	22,4	<0,001
Konfliktpunkte	21 24,1%	10 10,2%	11 13,9%			
Bürokratie/Genehmigung	8 9,2%	16 16,3%	8 7,1%			
Finanzieller Mehrwert	11 12,6%	10 10,2%	1 2,4%			
Komplikationen	11 12,6%	2 2,0%	9 10,6%			
innovative Lösungsansätze	6 6,9%	2 2,0%	4 4,9%			

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 4 zeigt die jeweilige Häufigkeit der herausgearbeiteten Frames in beiden Untersuchungszeiträumen. Jeder Artikel wurde einem dieser sechs Frames zugeordnet. Um das Modell statistisch abzusichern wurde ein Signifikanztest durchgeführt. Das Modell insgesamt weist eine hohe Signifikanz auf ($p < 0,001$), was ein Beweis dafür ist, dass sich die Berichterstattung über Windkraft in Baden-Württemberg mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine verändert hat. Die vorliegenden Daten erlauben lediglich eine Berechnung der Signifikanz für das Modell insgesamt, nicht jedoch für einzelne Frames. Ein insgesamt signifikantes Modell bedeutet nicht, dass jeder der vorkommenden Frames eine signifikante Veränderung erfahren hat. Bei den Frames ‚ambitionierter Ausbau‘, ‚Konfliktpunkte‘ und ‚Komplikationen‘ sind die prozentualen Unterschiede im Vergleich beider Zeiträume am größten. Die Frames „ambitionierter Ausbau“ und „Bürokratie/ Genehmigung“, welche unterstützende Elemente für die Windkraft umfassen, kommen im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum im zweiten doppelt so häufig vor. Dagegen hat sich der Frame „Konfliktpunkte“ halbiert und „Komplikationen“ hat noch stärker abgenommen.

Für den Frame „finanzieller Mehrwert“ lässt sich keine signifikante Veränderung ausmachen. Da zudem in beiden Zeiträumen jeweils ein dominantes Thema vorherrscht (finanzschwache Gemeinde Fröhnd, die sich durch Windkraft zusätzliche Einnahmen erhofft in Zeitraum 1 und Gerichtsurteil zu finanzieller Beteiligung von Bürgern an Windrädern in Zeitraum 2), lässt sich über eine verändertes Framing bezüglich der

finanziellen Situation keine verlässliche Aussage treffen. Der ökonomische Aspekt insgesamt, welcher auch in den zitierten Studien immer wieder hervorgehoben wurde, spielt für den in dieser Arbeit untersuchten Diskurs eine zu vernachlässigende Rolle.

Ebenso ist der Frame „innovative Lösungsansätze“ aufgrund der geringen Fallzahl zu vernachlässigen. Nicht unerwähnt bleiben sollte hierbei jedoch die Beobachtung, dass im Zeitraum vor Kriegsausbruch einige Artikel von kreativen Arten der Energiegewinnung durch Windkraft berichten. Beispielsweise berichtet die Badische Zeitung über einen Rentner, der eine Windkraft-Kleinanlage in seinem Garten installiert hat und damit sowohl Strom für den Eigenbedarf produziert als auch in geringen Mengen überschüssigen Strom ins Stromnetz einspeist (vgl. Badische Zeitung 2022a). Artikel mit solch kreativen Arten der Energiegewinnung tauchen im zweiten Untersuchungszeitraum nicht auf. Die Artikel aus dem zweiten Untersuchungszeitraum in dieser Kategorie behandeln Innovationen in Form technischen Fortschritts. Eine Begründung hierfür konnte in der Analyse nicht ausgemacht werden. Eine mögliche Erklärung könnte jedoch sein, dass diese Erzählungen über Windkraft zuvor noch als legitim und berichtenswert empfunden wurden, im zweiten Analysezeitraum Windkraft aber als zu relevant beurteilt wurde, um in den Zeitungen Erzählungen darüber abzdrukken.

Tabelle 5: Stichwortsammlung differenziert nach Zeiträumen

Stichworte	Zeitraum 1 (n= 87)	Zeitraum 2 (n= 98)	Differenz
	Anzahl <i>% des Samples</i>	Anzahl <i>% des Samples</i>	
Artenschutz	14 16,1%	11 11,2%	3 4,9%
Naturschutz	15 17,2%	13 13,3%	2 3,9%
Lärm	7 8,0%	2 2,0%	5 6,0%
Rotmilan	5 5,7%	3 3,1%	2 2,6%
Versorgungssicherheit	3 3,4%	15 15,3%	12 11,9%
Klimawandel	22 25,2%	29 29,6%	7 4,4%
Bürgerinitiativen	10 11,5%	6 6,1%	4 5,4%

EnBW	9	11	2
	10,3%	11,2%	0,9%
BUND/NABU	5	4	1
	5,7%	4,1%	1,6%

Die oben dargestellte Ansammlung theoretisch/empirisch begründeter Stichworte war ebenfalls Teil der Medienanalyse und hatte das Ziel, zusätzliche Erkenntnisse über die Berichterstattung zu gewinnen. Einige Schlagwörter, welche mögliche Konfliktpotenziale in Bezug auf Windkraft beschreiben, wurden gezählt mit dem Ziel, eventuell daraus resultierende Unterschiede oder Gemeinsamkeiten auszumachen. Für den Konflikt um *Natur-* und *Artenschutz* konnten leicht erhöhte Werte im ersten Untersuchungszeitraum ausgemacht werden. Dies trifft auch auf die Worte *Lärm* und *Rotmilan* zu. Die leicht erhöhten Werte erlauben die Vermutung, dass mit dem Kriegsausbruch und den daraus resultierenden veränderten Voraussetzungen für die Energiegewinnung insgesamt eine veränderte Problemwahrnehmung entstanden ist. Die Nachteile, die mit Windkraft einhergehen können, wie zusätzlicher Lärm oder die Bedrohung seltener Tierarten wie dem Rotmilan nehmen nach Kriegsausbruch eine leicht minimierte Rolle in der Berichterstattung ein. Um diese Beobachtung statistisch abzusichern wäre jedoch eine höhere Fallzahl vonnöten. Der bereits angesprochene veränderte Kontext für den Faktor *Versorgungssicherheit* hat dazu geführt, dass diese im Zeitraum nach Kriegsausbruch häufiger in Bezug zu Windkraft gesetzt wird. Ähnliches, wenn auch weniger deutlich, lässt sich für den Aspekt *Klimaschutz* konstatieren. Das Vorkommen von dem Begriff *Bürgerinitiativen* hat sich ebenfalls nur leicht verändert. Die von Florian Weber in seiner Arbeit formulierten Argumente von Windkraftgegnern finden sich in dem Teil des Diskurses bezüglich Bürgerinitiativen nur teilweise wieder. Versorgungssicherheit, und Naturschutz sind wiederkehrende Elemente. Aber die von Weber angesprochenen Argumente eines möglichen finanziellen Verlustgeschäftes oder ein Hinterfragen des Klimawandels allgemein (vgl. Weber 2018, S. 339), werden in den hier untersuchten Artikeln nicht thematisiert.

Da Roehyadi-Reetz et al. in ihrer Arbeit die These aufgestellt haben, dass singuläre Ereignisse zu einer vermehrten medialen Aktivität von großen Unternehmen führen kann, sollte auch der in Baden-Württemberg ansässige Energieversorger EnBW in der Stichwortsuche Berücksichtigung finden. Hierfür lassen sich jedoch keine veränderten Werte feststellen, was nicht auf eine veränderte mediale Aktivität der EnBW deutet. Gleiches gilt für die Naturschutzverbände BUND und NABU.

Die in der Analyse gefundenen Ergebnisse werden im Folgenden ausführlicher erläutert und auf eventuelle strukturelle Unterschiede geprüft. Dabei werden die Framings

für beide Untersuchungszeiträume miteinander verglichen und durch das Einbeziehen des Kodierschemas nach Glaser und Strauss sowie dem von Strauss erarbeiteten Kodierparadigma vervollständigt.

5.1 Neue Priorität für den Ausbau von Windkraft

Wie bereits angesprochen lässt sich für beide Untersuchungszeiträume konstatieren, dass ein grundsätzlicher Konsens über den notwendigen Ausbau von Windkraft in Baden-Württemberg herrscht. Auch vor Kriegsbeginn hat die Landesregierung mit ihren ambitionierten Ausbauzielen klar gemacht, dass Windkraft mehr Relevanz für die hiesige Energieversorgung bekommen soll und mit dieser Forderung viel Aufmerksamkeit in der Berichterstattung bekommen. Ein wesentlicher Unterschied beider Untersuchungszeiträume besteht allerdings darin, dass die Dringlichkeit des Ausbaus nach Kriegsausbruch häufiger und deutlicher angesprochen wird. Außerdem wird im zweiten Zeitraum häufiger kritisiert, der Ausbau von Windkraft würde in Baden-Württemberg und bundesweit zu langsam voranschreiten.

„Agrarminister Peter Hauk (MdL) will zügig weitere Staatswaldflächen für den Windkraftausbau zur Verfügung stellen, damit das Land beim Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorankommt. [...] Der Ausbau der Windenergie leiste einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz-Sofortprogramm der Landesregierung, heißt es in einer Erklärung aus dem Stuttgarter Ministerium“ (Südkurier 2022).

„Beim Ausbau der Windkraft will Kretschmann noch stärker aufs Tempo drücken als bisher. Der Zeitraum von der Planung bis zum Bau eines Windparks müsse auf zwei Jahre verkürzt werden. «Wir sind einfach zu langsam. Wenn wir nicht schneller werden, wird die Energiewende schon aus Zeitgründen scheitern», warnte der Regierungschef“ (Heilbronner Stimme 2022c).

Die beiden Zeitungsabschnitte wurden exemplarisch ausgewählt und geben einen Eindruck über das jeweils vorherrschende Framing. Dabei soll keineswegs der Eindruck entstehen, Windkraft sei nicht auch vor dem Kriegsausbruch als erstrebenswert und notwendig angesehen worden. Was sich aber verändert hat ist die Klarheit, mit der Regierungsmitglieder und Journalist*innen im zweiten Untersuchungszeitraum einen schnelleren Ausbau fordern. Wo vor dem Krieg der angestrebte Ausbau häufig noch in Bezug zu den vorhandenen Konfliktpotenzialen hergestellt wird, spielt anschließend verstärkt die Argumentation eine Rolle, weshalb der Ausbau so wichtig ist. Dies drückt sich auch in veränderter Formulierung und Wortwahl der Journalist*innen

aus, wie an den obigen Zitaten deutlich wird. Im ersten Zeitraum wird die Wichtigkeit des Ausbaus noch verhaltener ausgedrückt mit den Worten „zügig“ und „wichtig“. Hingegen wird im zweiten Zeitraum wesentlich vehementer auf die Dringlichkeit verwiesen, was durch die Verwendung von „scheitern“ oder „warnte“ deutlich wird.

In beiden Untersuchungszeiträumen werden der komplexe Genehmigungsprozess und die damit verbundene Bürokratie häufig erläutert und kommentiert. Auch hier ist die grundsätzliche Intention dahinter in beiden Zeiträumen meist die gleiche, nämlich ein beschleunigter Genehmigungsprozess und ein Abbau von Bürokratie. Dass diesbezüglich enormer Handlungsbedarf besteht, darin sind sich Politiker*innen und Journalist*innen überwiegend einig, was auch auf den Zeitraum vor Kriegsausbruch zutreffend ist: *„Wir brauchen Gutachten nicht in der Detailliertheit. Mit den aktuellen Regelungen wird es nicht gelingen, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten», ist der Bürgerwindpark-Geschäftsführer überzeugt“* (Heilbronner Stimme 2022a). Was die beiden Zeiträume diesbezüglich unterscheidet, ist ähnlich wie bei der generellen Debatte um den Ausbau auch hier der klarere Wortlaut verbunden mit konkreteren Handlungsanweisungen an die Politik.

5.2 Der Umgang mit drohenden Konflikten

„Zugegeben: Die Dinger sind hässlich und versauen unsere Landschaft», meinte Stadtrat Jörn Heumesser in der Diskussion. Doch trügen die Windparks zur Energieversorgung mit alternativen Energien bei. Man dürfe beim Thema Energie Windkraft «nicht nur zuschauen»“ (Schwarzwälder Bote 2022b).

An diesem Zitat aus dem Schwarzwälder Boten werden zwei Aspekte deutlich: Erstens ist Windkraft stets mit einer Vielzahl an Konfliktpotenzial für die betreffenden politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen verbunden. Dieses Konfliktpotenzial umfasst verschiedene gesellschaftliche Bereiche und erstreckt sich von den hier angesprochenen Diskussionen um das Landschaftsbild, um verfügbare Flächen, den entstehenden Lärm durch Windräder, den Artenschutz oder die Versorgungssicherheit. Die hier aufgelisteten möglichen Konfliktpunkte gelten als ambivalent und können sowohl berechtigte Bedenken von Bürger*innen oder sonstigen Beteiligten zum Ausdruck bringen, als auch in Form „Ausreden“ von Menschen angebracht werden, die prinzipiell gegen Windkraft sind. Da das obige Zitat aus dem Zeitraum nach Kriegsausbruch stammt, wird deutlich, dass diese vorhandenen Konfliktpotenziale auch nach Kriegsausbruch eine Relevanz für die Debatte aufweisen. Zweitens wird

in dem Ausschnitt aber auch deutlich, dass trotz der vorgebrachten Kritik eine grundsätzliche Befürwortung der Windkraft nicht ausgeschlossen ist. Nicht alle mit der Windkraft einhergehenden Implikationen müssen als durchweg positiv wahrgenommen werden, um den konkreten Ausbau zu befürworten. Es handelt sich hierbei um ein ständiges Abwägen zwischen den möglicherweise resultierenden Vor- und Nachteilen. Dieses Abwägen findet sich sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene wieder. Was jedoch einen wesentlichen Unterschied markiert, ist die Beobachtung, dass im ersten Untersuchungszeitraum die damit verbundenen Konsequenzen und Problematiken mehr Raum in der Berichterstattung einnehmen, als es im zweiten der Fall ist. So werden den möglichen Konflikten im zweiten Untersuchungszeitraum medial weniger Entfaltungsmöglichkeiten geboten. Diese permanente Abwägung von Vor- und Nachteilen wird durch den Faktor der Emotionalität erschwert. So sind Planungsvorhaben in Regionen, in denen das Landschaftsbild ein besonders bedeutender Teil der lokalen Identität ist, meist von vornherein mit mehr kritischen Stimmen konfrontiert, wie an einem Beispiel aus dem Schwarzwald deutlich wird: *»Der Gemeinderat steht den großen Windkraftanlagen im Schwarzwald kritisch gegenüber«, sagte er* (Badische Zeitung 2022b).

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die diskutierten Konfliktpotenziale wie die Flächendiskussion, Landschaftsbild, Lärm, Artenschutz, Versorgungssicherheit und Bürgerbegehren sowohl vor als auch nach dem Kriegsausbruch vorhanden sind. Was jedoch einen eklatanten Unterschied markiert, ist die Tatsache, wie die vorliegenden Konflikte zum Ausdruck gebracht werden.

Zeitraum 1: *„Gemeldet haben sich bei der Infoveranstaltung auch Gegner des Windkraftprojekts. »Wir werden kämpfen«, kündigte Thomas Häussermann an. Er sehe den erheblichen Eingriff in die Natur nicht gerechtfertigt durch den geringen Ertrag, der in einem windschwachen Gebiet wie der Region Stuttgart zu erwarten sei“* (Stuttgarter Nachrichten 2022).

Zeitraum 2: *„»Wir wollen uns nicht direkt auf eine Seite schlagen. Es gibt sowohl Pro als auch Contra-Punkte«, macht Ben Clauberg klar, auch wenn er das Thema kritisch sieht“* (Schwäbische Zeitung 2022c).

Die hier zu Wort kommenden Bürger sind beide tendenziell negativ gegenüber der Windkraft eingestellt, bringen ihre Anliegen aber völlig unterschiedlich vor. Eine so deutliche 'Kampfansage' an Windkraft wie sie im ersten der beiden Zitate vorkommt findet sich in keinem der Artikel aus dem zweiten Untersuchungszeitraum. Auch Zwischenüberschriften wie *„Eine senkrecht stehende Schredderanlage“* (Schwäbische

Zeitung 2022b) sucht man in Artikeln des zweiten Untersuchungszeitraumes vergeblich. Dadurch wird deutlich, dass kritische, konfliktlastige Framings in der Härte ihrer Formulierung im zweiten Untersuchungszeitraum milder wurden.

5.3 Gesellschaftliche Unterstützung

Eine weitere Dimension, die sich mit dem Kriegsausbruch verändert hat, lässt sich mit dem Begriff gesellschaftliche Unterstützung zusammenfassen. Wie im Folgenden deutlich werden wird, lässt sich in der Analyse für den Zeitraum nach Kriegsausbruch eine breitere gesamtgesellschaftliche Unterstützung für Windkraft ausmachen, was sich auch in einer veränderten Berichterstattung niederschlägt.

„Der Krieg in der Ukraine und die Sorge der Bürger um die Energieversorgung haben innerhalb weniger Wochen erreicht, woran sich die grün geführte Landesregierung seit Jahren die Zähne ausbeißt: Der Widerstand der Bürger gegen Windkraftanlagen bricht ein. Und nicht nur das - er verkehrt sich ins Gegenteil“ (Heilbronner Stimme 2022b).

In der Berichterstattung wird auf ein Umdenken in der Bevölkerung aufmerksam gemacht, welches politische Akteur*innen zuvor nicht erreichen konnten. Außerdem lässt sich beobachten, dass die Kontroverse um den Ausbau von Windkraft zum Teil wesentlich konstruktiver ist, als es vor dem Kriegsausbruch der Fall war. Die Konfliktpotenziale existieren nach wie vor und lassen sich auch trotz veränderter Prioritäten nicht ignorieren. Was sich aber zeigt ist ein veränderter Diskurs in dem mehr Akteur*innen versuchen zu einer möglichen Lösung beizutragen. Ein konkretes Beispiel, an dem diese Beobachtung deutlich wird, ist die Region Donau-Iller: Durch die Region verläuft die Landesgrenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg, was die Planung für neue Windkraftanlagen aufgrund der sich unterscheidenden Windatanten über Jahre signifikant erschwert hat. Das Problem soll nun durch eine einheitliche Datengrundlage behoben werden. *„Das soll sich ändern, die Schwarz-Weiß-Planung soll entfallen“* (Schwäbische Zeitung 2022a).

Die oft auch berechtigten Einwände gegen den Bau eines Windrades sind einer zunehmend konstruktiver werdenden Debatte um mögliche Kompromissmöglichkeiten gewichen. Das verstärkte Bemühen um konstruktive Lösungen schlägt sich auch quantitativ nieder. Wie an dem Frame „Komplikationen“ deutlich wird, sinkt die Anzahl an Projekten, die ad acta gelegt werden oder anderweitig Probleme bekommen im zweiten Untersuchungszeitraum auf 2, wohingegen sie im ersten noch bei 11 lag. Ein

weiterer Aspekt, der mit in diese Kategorie fällt, ist die Anzahl der sich kritisch äußenden zuständigen Politiker*innen. Im zweiten Analysezeitraum gab es nicht ein*e Politiker*in, die*der sich klar gegen ein geplantes Windrad ausgesprochen hat, im ersten Zeitraum gab es noch drei solcher Fälle.

Deutlich wird diese Zunahme der gesellschaftlichen Unterstützung auch dadurch, dass Bürgerinitiativen, die sich gegen Windkraft positionieren nach Kriegsausbruch eine weniger wichtige Rolle spielen als zuvor. Der Begriff Bürgerinitiative meint in diesem Kontext einen Zusammenschluss von Bürgern, der sich meist auf kleine geographische Räume begrenzt und der das Ziel hat den Bau von Windrädern einzuschränken beziehungsweise zu unterbinden.

Zeitraum 1: „Die Situation sei jetzt so, »das freut mich. « Das man Energie brauche, sei klar. Aber man solle sich auf andere Techniken der Energieerzeugung forcieren, „aber man will mit aller Gewalt Windenergie. « “ (Südkurier 2022a).

Zeitraum 2: Die Energiepreise steigen, Deutschland will vom russischen Gashahn weg und auch von Erdöl und Kohle aus dem Reich Vladimir Putins loskommen - »und irgendwie müssen wir die Energiewende ja schaffen« kommentiert Maag die Tatsache, dass trotz des Gegenwinds einer Bitzer Bürgerinitiative wieder Anfragen vorliegen“ (Schwarzwälder Bote 2022a).

Diese beiden Zitate sind ein exemplarischer Beleg dafür, dass der Position von Bürgerinitiativen im zweiten Zeitraum weniger Platz in der Berichterstattung zugesprochen wird und dass deren Anliegen insgesamt weniger Aufmerksamkeit bekommen. Im Artikel aus dem ersten Zeitraum kommt ein Mitglied einer Bürgerinitiative persönlich zu Wort, wohingegen das Anliegen einer Bürgerinitiative im zweiten lediglich eine Randnotiz darstellt. Diese Beobachtung passt in das bisherige Bild, nachdem sich eine Verschiebung der Prioritäten feststellen lässt, welche dazu führt, dass die Bedenken der Bürger*innen im zweiten Untersuchungszeitraum einer weniger relevanten Rolle spielen, als sie es im ersten getan haben.

6. Fazit und Ausblick

Die in dieser Arbeit durchgeführte Medienanalyse hat gezeigt, dass sich die Berichterstattung über Windkraft in Baden-Württemberg mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine verändert hat. Die Ergebnisse zeigen, dass sich diese Veränderungen auf vielfältige Weise ausdrücken, da in sämtlichen der untersuchten Kategorien Unterschiede ausgemacht werden konnten. Bereits im ersten Untersuchungszeitraum war ein grundsätzlich positives Framing von Windkraft in den untersuchten Zeitungen dominant, welches jedoch im zweiten Zeitraum sowohl intensiver als auch häufiger wurde. Die Debatte um den Ausbau von Windkraft hat in Baden-Württemberg mit dem Kriegsausbruch an Klarheit und Zunahme gesellschaftlicher Unterstützung gewonnen, welche sich durch eine konstruktivere Auseinandersetzung mit dem Thema Windkraft und einer gestiegenen Kompromissbereitschaft ausdrücken.

Bei der gewählten Methode muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass eine gewisse Subjektivität nicht ausgeschlossen werden kann und dass andere Forschende zu abweichenden Ergebnissen kommen könnten. Dies gilt insbesondere für die Einteilung der gefundenen Kategorien (vgl. Bahnsen et al. 2016, S. 130). Durch die Kombination sowohl qualitativer als auch quantitativer Aspekte sollte dieser subjektive Anteil minimiert werden. Die teilweise geringen Fallzahlen lassen keine statistisch gesicherten Schlussfolgerungen zu, jedoch decken sie sich mit den anderweitigen Erkenntnissen. So wurde deutlich, dass bezüglich der Prioritäten in der Berichterstattung mit dem Kriegsausbruch einige Verschiebungen stattfanden. Ausbauziele und die notwendigen Reformen im Genehmigungsprozess wurden zwar in beiden Zeiträumen gefordert, jedoch werden diese Forderungen nach Kriegsausbruch häufiger und deutlicher angesprochen. Eine ähnliche Verschiebung lässt sich bezüglich der mit Windkraft einhergehenden Konfliktpotenziale erkennen. Kritische Stimmen von Akteur*innen, welche sich über das gesamte Spektrum, von berechtigter Sorge bis Vertreten einer windkraftkritischen Ideologie erstreckten, bekommen weniger Aufmerksamkeit und weichen einer konstruktiven Debatte um schnelleren Ausbau und einer Minimierung von bremsenden Faktoren wie fehlenden Flächen oder der zusätzlichen Lärmbelastung. Andere betrachtete Aspekte bleiben über beide Zeiträume hinweg konstant, wie finanzielle Faktoren oder die Rolle der EnBW als größter Energieversorger in Baden-Württemberg.

So zeigt diese Medienanalyse eine veränderte Berichterstattung auf, die Themen neu priorisiert und dabei versuchte konstruktiver zu einem schnelleren Ausbau von Windkraft beizutragen. Die Medien, die von Keller als „zentrale Arena der gesell-

schaftlichen Wirklichkeitskonstruktion“ (Keller 2011, S. 39) bezeichnet werden, haben auf den kolossalen Krieg in der Ukraine und den daraus resultierenden neuen Bedingungen reagiert, unter welchen Deutschland die eigene Energieversorgung sichern muss. Wie der häufig geforderte ambitioniertere Ausbau der Windkraft tatsächlich voranschreiten wird, wird die Zukunft zeigen. Inwiefern die Zunahme an gesellschaftlicher Unterstützung für Windkraft, wie sie in dieser Arbeit konstatiert wurde, erhalten bleibt oder ob diese lediglich ein temporärer Effekt in Folge des Kriegs in der Ukraine war, bleibt abzuwarten und kann Gegenstand weiterführender Forschungsansätze sein. Auch das Auftreten neuer singulärer Ereignisse, welche das Potenzial haben die Berichterstattung über Erneuerbare zu verändern, ähnlich wie es bei Fukushima und dem Ukraine Krieg vermutet wird, kann Anlass weiterführender Untersuchungen sein.

Literatur

- Bahnsen, Oke, Eric Linhart und Jale Tosun. 2016. Wer mit wem in der Energiepolitik? Eine Analyse des öffentlichen Diskurses über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014. *Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* (1/2016): 109–134.
- Bräuer, M. und J. Wolling. 2014. Veränderungen durch Fukushima? Die Medienberichterstattung über erneuerbare Energien im internationalen Vergleich. In *Fukushima und die Folgen: Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen*, hrsg. J. Wolling und D. Arlt, 233–264. Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau.
- Bundesregierung. 2022a. Rückblick auf bisherige Klimakonferenzen | Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimakonferenzen-rueckblick-1965144>. Zugegriffen: 15. November 2022.
- Bundesregierung. 2022b. Bundeskanzler Scholz eröffnet Hannover Messe. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/hannover-messe-2022-2043634>. Zugegriffen: 18. November 2022.
- Bundesregierung. 2022c. Klimaschutzgesetz: Klimaneutralität bis 2045. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>. Zugegriffen: 18. November 2022.
- Corbin, Juliet und Anselm Strauss. 1990. Grounded Theory Research: Procedures, Canons, and Evaluative Criteria. *Qualitative Sociology* (Vol. 13, No. 1).
- Djerf-Pierre, Monika, John Cokley und Louise J. Kuchel. 2015. Framing Renewable Energy: A Comparative Study of Newspapers in Australia and Sweden. *Environmental Communication* 2015 (5): 634–655. doi: 10.1080/17524032.2015.1056542.
- Ehlers, Melf-Hinrich und Lee-Ann Sutherland. 2015. Patterns of attention to renewable energy in the British farming press from 1980 to 2013. *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 2015 (54): 959–973. doi: 10.1016/j.rser.2015.10.082.
- Entman, Robert. 1993. Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In *Journal of Communication*, 51–58. Northwestern University.
- ERK. 2022. Zweijahresgutachten 2022. Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsmengen und Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz).
- Glaser, Barney G. und Anselm L. Strauss. 1967. *The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research*. Observations. New York, NY: Aldine.
- Goffman, Erving. 1974. *Frame analysis. An essay on the organization of experience*, 1. Aufl. Boston: Northeastern Univ. Press.
- Hunger, Ina und Johannes Müller. 2016. Barney G. Glaser/Anselm L. Strauss: The Discovery of Grounded Theory. In *Klassiker der Sozialwissenschaften: 100 Schlüsselwerke im Portrait*, hrsg. Samuel Salzborn, 259–262, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Kann, Christoph und Lars Inderelst. 2018. Gibt es eine einheitliche Frame-Konzeption? Historisch-systematische Perspektiven. In *Proceedings of the Interdisciplinary Workshop "Frame-Theorien im Vergleich: Modelle, Anwendungsfelder, Methoden"*, hrsg. Alexander Ziem, Lars Inderelst und Detmer Wulf, 25–68, Bd. 2. Düsseldorf: dup.
- Keller, Reiner. 2011. *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, 4. Aufl. Qualitative Sozialforschung, Band 14. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kepplinger, Hans Mathias und Richard Lemke. 2014. Framing Fukushima: Zur Darstellung der Katastrophe in Deutschland im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich und der Schweiz. In *Fukushima und die Folgen: Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen*, hrsg. J. Wolling und D. Arlt, 125–152. Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau.

- Landesanstalt für Umwelt BW. o.J. Potenzialanalyse - Energieatlas. <https://www.energieatlas-bw.de/wind/potenzialanalyse>. Zugegriffen: 3. Januar 2023.
- Leibenath, Markus. 2013. Landschaften unter Strom. In *Neue Energielandschaften - neue Perspektiven der Landschaftsforschung*, hrsg. Ludger Gailing und Markus Leibenath, 7–15. Wiesbaden: Springer VS.
- Lembcke, Friedemann (Hrsg.). 2012. *Kalkül versus Katastrophe. Die Kommunikation des Klimawandels*. Wiesbaden, s.l.: Imprint VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Matthes, Jörg. 2009. *Identität und Vielfalt der Kommunikationswissenschaft*. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 36. Konstanz: UVK-Verl.-Ges.
- Mautz, Rüdiger. 2012. Atomausstieg und was dann? Probleme staatlicher Steuerung der Energiewende. *Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* (1/2012): 149–168.
- Otto, Antje und Markus Leibenath. 2013. Windenergielandschaften als Konfliktfeld: Landschaftskonzepte, Argumentationsmuster und Diskurskoalitionen. In *Neue Energielandschaften - neue Perspektiven der Landschaftsforschung*, hrsg. Ludger Gailing und Markus Leibenath, 65–78. Wiesbaden: Springer VS.
- Rochyadi-Reetz, Mira, Dorothee Arlt, Jens Wolling und Marco Bräuer. 2019. Explaining the Media's Framing of Renewable Energies: An International Comparison. *Frontiers in Environmental Science* 7. doi: 10.3389/fenvs.2019.00119.
- Roose, Jochen. 2010. Der endlose Streit um die Atomenergie. In *Umwelt- und Technikkonflikte*, hrsg. Peter Henning Feindt und Thomas Saretzki, 79–103, 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Scheufele, Betram. 2019. Warum Frames und Ideologien keine Synonyme sind und Populismus keines von beiden ist. *Mythos Magazin* (Politisches Framing 1).
- Stephens, Jennie C., Gabriel M. Rand und Leah L. Melnick. 2009. Wind Energy in US Media: A Comparative StateLevel Analysis of a Critical Climate Change Mitigation Technology. *Environmental Communication* (3:2): 168–190.
- Strübing, Jörg. 2021. *Grounded theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils*, 4. Aufl. Lehrbuch. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- tagesschau. 2022. Habecks "Osterpaket": Per Gesetz zu grünem Strom. *tagesschau.de*. 6 April 2022. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/osterpaket-energie-101.html>. Zugegriffen: 18. Januar 2023.
- TAZ. 2022. Robert Habeck zur Energieversorgung: „Ich bin nicht Minister für Grüne“. 30 März 2022. <https://taz.de/Robert-Habeck-zur-Energieversorgung/!5841217/>. Zugegriffen: 26. Oktober 2022.
- Teräsväin, Tuula. 2011. Representations of energy policy and technology in British and Finnish newspaper media: A comparative perspective: 299–315.
- Tosun, Jale. 2015. Umweltpolitik. In *Handbuch Policy-Forschung*, hrsg. Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer, 641–662. Handbuch. Wiesbaden: Springer VS.
- Umweltbundesamt. 2021. Windenergie an Land. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/windenergie-an-land#flaeche>. Zugegriffen: 25. Oktober 2022.
- Weber, Florian. 2018. *Konflikte um die Energiewende. Vom Diskurs zur Praxis*. SpringerLink Bücher. Wiesbaden: Springer VS.
- Ziem, Alexander, Christian Pentzold und Claudia Fraas. 2018. Medien-Frames als semantische Frames. In *Proceedings of the Interdisciplinary Workshop "Frame-Theorien im*

Vergleich: Modelle, Anwendungsfelder, Methoden", hrsg. Alexander Ziem, Lars Inderelst und Detmer Wulf, Bd. 2. Düsseldorf: dup.

Anhang

Anhang 1: Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Artikel zu Windkraft aus den sechs Lokalzeitungen inklusive Grundsample und bereinigtem Sample.....	24
Tabelle 2: Anzahl der analysierten Zeitungsartikel sortiert nach Zeitungen und Zeitraum	25
Tabelle 3: Übersicht über die relevanten Kategorien in der Berichterstattung über Windkraft.....	26
Tabelle 4: Häufigkeit der auftretenden Frames separiert nach Zeiträumen.....	28
Tabelle 5: Stichwortsammlung differenziert nach Zeiträumen	29

Anhang 2: Literaturverzeichnis für die zitierten Zeitungsartikel

- Badische Zeitung. 2022a. Wie ein Mini-Windrad im heimischen Garten funktioniert. 5 Februar 2022. <https://www.badische-zeitung.de/wie-ein-mini-windrad-im-heimischen-garten-funktioniert--208256776.html>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.
- Badische Zeitung. 2022b. Schluchsee entscheidet sich für Ökostrom ab 2023. 9 Februar 2022. <https://www.badische-zeitung.de/schluchsee-entscheidet-sich-fuer-oekostrom-ab-2023--209237548.html>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.
- Heilbronner Stimme. 2022a. Nach sieben Jahren drehen sich die drei Windräder auf Obersulmer und Bretzfelder Gemarkung. *Heilbronner Stimme*. 17 Februar 2022. <https://www.stimme.de/regional/region/nach-sieben-jahren-drehen-sich-die-drei-windraeder-auf-obersulmer-und-bretzfelder-gemarkung-art-4595449>. Zugegriffen: 19. Januar 2023.
- Heilbronner Stimme. 2022b. BaWü-Check: Für Windkraft und gegen Atomkraft-Ausstieg. *Heilbronner Stimme*. 6 April 2022. <https://www.stimme.de/ueberregional/baden-wuerttemberg/nachrichten/pl/fuer-windkraft-und-gegen-atomkraft-ausstieg-art-4614016>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.
- Heilbronner Stimme. 2022c. Kretschmann bringt längere Arbeitszeit für Lehrkräfte ins Gespräch. *Heilbronner Stimme*. 26 April 2022. <https://www.stimme.de/ueberregional/baden-wuerttemberg/nachrichten/kretschmann-haelt-materielle-einbussen-fuer-hinnehmbar-art-4620734>. Zugegriffen: 19. Januar 2023.
- Schwäbische Zeitung. 2022a. Platz für Windkraft und Solarenergie: Region hat neue Orte im Blick. 23 Januar 2022. <https://www.schwaebische.de/regional/ulm-alb->

donau/ulm/platz-fuer-windkraft-und-solarenergie-region-donau-iller-hat-neue-orte-im-blick-77422. Zugegriffen: 23. Januar 2023.

Schwäbische Zeitung. 2022b. Windenergie: Regierung macht Druck, Gegner bringen sich in Stellung. *Schwäbische Zeitung*. 14 Februar 2022. <https://www.schwaebische.de/regional/region-sigmaringen/ostrach/ein-land-geraet-ins-rotieren-64142>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.

Schwäbische Zeitung. 2022c. Jetzt reden die Anwohner: Pläne für Windpark im Altdorfer Wald bereiten Sorgen. *Schwäbische Zeitung*. 30 April 2022. <https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/vogt/die-windraeder-machen-ihnen-sorgen-40612>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.

Schwarzwälder Bote. 2022a. Wird der Windpark doch noch Realität? 16 April 2022. <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.neue-investoren-anfragen-wird-der-winterlinger-windpark-doch-noch-realitaet.426bbaf2-44f1-4d2b-9ec3-7d62993eec17.html>. Zugegriffen: 23. Januar 2023.

Schwarzwälder Bote. 2022b. Windpark in Rottenburg - Gemeinderäte sprechen sich für das geplante Projekt aus. *Schwarzwälder Bote*. 5 Mai 2022. <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.windpark-in-rottenburg-gemeinderaeete-sprechen-sich-fuer-das-geplante-projekt-aus.67d0a63b-7e2c-4225-ac27-60aff3d4d146.html>. Zugegriffen: 19. Januar 2023.

Stuttgarter Nachrichten. 2022. Gegenwind wird angekündigt. 3 Februar 2022. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.windraeder-bei-welzheim-gegenwind-wird-angekuendigt.fa0f7534-3176-4539-b9cc-ec7432e0e5d2.html>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.

Südkurier. 2022a. Investoren stellen Planungen für Bräunlinger Windpark ein – das sagen ... | SÜDKURIER Online. *SÜDKURIER*. 3 Februar 2022. <https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald/braeunlingen/investoren-stellen-planungen-fuer-braeunlinger-windpark-ein-das-sagen-stadt-gegner-und-befuerworter-dazu;art372509,11034075>. Zugegriffen: 23. Januar 2023.

Südkurier. 2022b. Erhalten Bonndorf und Grafenhausen weitere Windräder? Das Land sieht auf der Gemarkung jedenfalls Potenzial. *SÜDKURIER*. 4 Februar 2022. <https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/bonndorf/erhalten-bonndorf-und-grafenhausen-weitere-windraeder-das-land-sieht-auf-der-gemarkung-jedenfalls-potenzial;art372589,11034767>. Zugegriffen: 30. Januar 2023.